

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando Vierteljahr 8,50 RM, monatlich 1,30 RM, wöchentlich 30 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Vollabonnement: 1,30 RM pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisklasse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 RM, für das übrige Ausland 4 RM pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

ersch. täglich.

Die Inertions-Gebühr

Beträgt für die sechsmonatige Kolonietabelle oder deren Raum 60 Pf., für politische und gesellschaftliche Berichte und Sammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das fertige Blatt 20 Pf., (wöchentlich 2 fertige Blätter), jedes weitere Blatt 10 Pf. Stellenanzeigen und Stellenanzeigen das erste Blatt 10 Pf., jedes weitere Blatt 5 Pf. (wöchentlich 15 Blätter) haben zählen für zwei Blätter. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.

Verleger: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 8. September 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Verleger: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die Umwälzungen in der Landwirtschaft und in der Industrie.

Noch liegen keine genauen Angaben über die Ernteausichten in diesem Jahre vor. Am mangelhaftesten sind die Nachrichten, die aus den kriegsführenden Ländern kommen. Immerhin lassen sich schon unseres Erachtens gewisse Tendenzen wahrnehmen, die auf eine „Reuorientierung“ in der Wirtschaft Europas hindeuten. Wenn es wahrscheinlich ist, daß die in den kriegsführenden Ländern bestellte Fläche zurückgegangen ist, sei es aus Mangel an Arbeitskräften, sei es aus verschiedenen anderen Gründen, so läßt sich umgekehrt deutlich ein Bestreben der neutralen Länder wahrnehmen, die Getreidefläche selbst auf Kosten anderer Kulturen auszudehnen. Nach dem „Bulletin de Statistique agricole et commerciale“, das vom Internationalen landwirtschaftlichen Institut zu Rom herausgegeben wird, war die angebaute Fläche:

	Weizen			Gerste			Hafer		
	1909-13	1915	1916	1909-13	1915	1916	1909-13	1915	1916
Dänemark	45,9	66,5	68,5	296,8	260,5	260,5	413,1	414,8	414,8
Norwegen	5,0	5,0	5,5	35,9	36,2	39,8	108,3	109,1	120,0
Schweden	94,5	—	115,4	181,1	177,2	—	792,2	797,4	—
Holland	55,7	64,8	54,8	85,9	36,2	39,8	189,9	141,8	138,8
Spanien	8863,6	4061,6	5222,6	1420,3	1532,8	163,0	516,4	567,7	563,0
Schweiz	42,8	45,9	50,1	5,1	6,6	7,1	32,7	37,8	41,8
Frankreich	6393,5	5723,1	5222,6	754,9	671,4	618,1	3966	3875	3187
Italien	4748,6	3059,5	4700,0	249,0	246,0	246,0	306,9	458,8	460,0
Rumänien	1832,0	1904,2	1907,7	?	48,7	44,8	?	?	?

Daraus geht deutlich hervor, daß die neutralen Länder in den beiden Jahren des Krieges ihre Kulturläche für die wichtigsten Getreidearten bedeutend ausgedehnt haben. Der Weizenanbau ist in Dänemark gegenüber dem Durchschnitt 1909/1913 um 44,8 Proz., in Schweden um 22,2 Proz., in Norwegen um 10 Proz. und in der Schweiz um 18,3 Proz. vergrößert worden. Nur in Holland zeigt das Jahr 1916 eine Verminderung der Anbaufläche auf. Ebenso Italien, wo der Krieg einen auffälligen Rückschlag verursacht hat. In Italien und Holland ist hingegen die Anbaufläche für Weizen, in Italien auch für Hafer ausgedehnt worden. Auch die Rübenfläche ist in den neutralen Ländern 1916 größer als vor dem Kriege, beispielsweise in der Schweiz um 80 Proz., in Holland um 9 Proz. Dagegen hat man sie in Italien um 15 Proz. und in Frankreich gar auf 1/3 des früheren Umfangs beschränkt. Die mit Reben bestellte Fläche ist sowohl in Frankreich und in Italien als auch in der Schweiz kleiner als vor dem Kriege. Die Landwirtschaft paßt sich eben den Bedürfnissen des Tages an: der Mangel an Brotgetreide und der wichtigsten Rohstoffe veranlaßt auf die Produktion von Luxusgegenständen und solchen, die ausgeführt werden, zu verzichten.

Man darf wohl daraus schließen, daß die Entwicklung der europäischen Landwirtschaft überhaupt nach dem Kriege in der gleichen Richtung wie die der neutralen Länder schon heute vor sich gehen wird: man wird versuchen, aus dem eigenen Boden möglichst viel Körnerprodukte zu erhalten. Daß man auf diesem Gebiete keine „Unabhängigkeit“ erlangen werde, braucht nicht noch besonders hervorgehoben zu werden. In gewissem Sinne darf man sogar von einem Rückschritt der landwirtschaftlichen Kultur sprechen, da man stellenweis vom intensiveren zum extensiveren Betrieb zurückkehrt.

Die außereuropäischen Länder haben 1915 ihre landwirtschaftliche Kulturläche stark ausgedehnt: die in der Industrie arbeitslos gewordenen Arbeiter haben ihnen die Möglichkeit dazu gegeben. Mit der allmählichen Einsetzung der Kriegskonjunktur hat sich aber auf dem Lande ein Mangel an Arbeitern ergeben, der auch durch Hinzuziehung ausländischer Arbeiter nicht ersetzt werden konnte. Darum schränkte man 1916 die Anbaufläche ein; sie blieb indes immer noch größer als im Durchschnitt der Jahre 1909/1913. Trotzdem ist in der letzten Zeit auch der Preis für Getreide stark in die Höhe gegangen.

Wie sich aber die Versorgung Europas mit Getreide in diesem Jahre gestalten wird, wird sich erst sagen lassen, wenn die Berichte aus Südamerika und Australien vorliegen werden. Sicher ist es schon jetzt, daß das „Durchhalten“ im dritten Kriegsjahre allen Ländern schwer werden wird.

Die gleichen Ursachen, die die europäischen Landwirte veranlassen, ihre Getreideanbaufläche auszudehnen, nämlich die Unterbrechung oder Erschwerung des Weltverkehrs und die gewaltige Preissteigerung aller Lebensmittel, haben außerhalb Europas in umgekehrter Richtung gewirkt: die Erschwerung des Transports nach Europa veranlaßt, die Getreideanbaufläche einzuschränken, andererseits aber, die Rohstoffe im eigenen Lande zu verarbeiten. Während des zweiten Jahres des Weltkrieges hat die Industrie in Amerika, Japan und in vielen anderen außereuropäischen Ländern eine sehr feste Position erlangt, insbesondere ist die Baumwollindustrie soweit erstarkt, daß sie wohl auch in der Zukunft der euro-

päischen Konkurrenz gewachsen sein wird. Dafür mögen hier nur einige Belege dienen.

Die Vereinigten Staaten haben im zweiten Kriegsjahr rund eine Million Ballen mehr als im letzten Friedensjahr verbraucht. Die Zahl der Baumwollspindeln in Japan ist von 2,4 auf 2,8 Millionen gestiegen. Aber auch andere Länder, so China, Brasilien, Indien und Ägypten, haben ihre Baumwollproduktion ausgedehnt, so daß heute trotz der Einschränkung des europäischen Verbrauches die Baumwollpreise wiederum ansteigen. Der Verbrauch des europäischen Festlandes ist nämlich von 5,09 auf 2,99 Millionen Ballen, der Englands von 3,26 auf 3,22 Millionen gesunken. Insgesamt hat sich der Verbrauch Europas um 2,15 Millionen Ballen vermindert. Der vermehrte Verbrauch allein Amerikas und Japans könnte diesen Ausfall nicht ersetzen. Auch die teilweise geringeren Ernteschätzungen reichen nicht aus, um die Preissteigerung, die immer schärfer hervortritt, zu erklären. Am 11. August 1916 notierte amerikanische Baumwolle für Maillieferung 85,14 Frank pro 50 Kilogramm gegen 62,11 Frank zur gleichen Zeit 1913. Auch die ägyptische Ware ist um rund 20 Proz. im Preise gestiegen. Während zu Beginn des Krieges eine sehr scharfe Baumwollkrise ausbrach, erleben wir heute eine Baumwollhaupe. Das darf aber wohl in erster Linie auf den eigenen Verbrauch der Produktionsländer sowie Erstarbung der chinesischen und brasilianischen Produktion zurückzuführen sein.

Die Erklärung für die Verschiebung in der Baumwollproduktion der einzelnen Länder liegt auf der Hand: die Verminderung des Druckes der europäischen Waren auf die außereuropäische Produktion. Nicht allein die Ausfuhr aus den Zentralmächten hat aufgehört, auch die englische Ausfuhr hat sich stark vermindert. Im ersten Halbjahre 1916 war die Garnausfuhr um 19,6 Proz. und die Gewebeausfuhr um 22,9 Proz. niedriger als zur gleichen Zeit 1914.

Die englische Baumwollindustrie hat überhaupt stark an Konkurrenzfähigkeit eingebüßt, insbesondere was die groben, einfachen Warenarten betrifft. Infolge der sehr hohen Frachtpreise erhalten die englischen Fabrikanten die Baumwolle, bedeutend teurer als die Erzeugungsländer. Der Frachtpreis macht heute 20 bis 25 Proz. des Baumwollpreises aus. Hinzukommen noch die ebenfalls sehr hohen Frachtpreise für das fertige Fabrikat. Fügt man noch die gestiegenen Löhne und die allgemein verminderte Leistungsfähigkeit der englischen Industrie hinzu, so begreift man, warum sich die außereuropäische Baumwollindustrie freier bewegen kann.

Auch die anderen Industrien entwickeln sich in den außereuropäischen Ländern ziemlich rasch, worauf wir noch zurückkommen werden. Vorläufig genügt die Feststellung der Tatsache, daß Europa zur Landwirtschaft zurückkehrt, während die außereuropäischen Länder eine eigene Industrie entwickeln, um die gewaltige Umwälzung anzudeuten, die sich in den wirtschaftlichen Beziehungen der Länder unter einander anzubahnen beginnt. Aus seiner industriellen Höhe sinkt Europa herab, während die außereuropäischen Länder aus Agrar- zu Industrieländern werden. Mit seiner industriellen geht aber für Europa auch seine politische Vorherrschaft in den übrigen Weltteilen verloren. Das ist es, was als Folge dieses Ringens um die Welt Herrschaft hervorgehen wird: das Selbständigwerden der kolonialen Länder.

Die Vorgänge in Griechenland.

Amsterdam, den 7. September. (Z. U.) Nach Meldungen des „Daily Telegraph“ aus Athen sind die politischen Leidenschaften von neuem durch Verhaftungen, die von englisch-französischen Agenten in Zivilkleidern vorgenommen werden und der Ankunft von Offizieren in Saloniki, die sich weigern, an der Bewegung zugunsten der Verbündeten teilzunehmen, in Wallung gekommen. Zaimis unterstügt, so heißt es in den Berichten, einen mittleren Kurs, der keine einzige Partei befriedigen kann. Obwohl die Anhänger des Vierverbandes in einem Anschluß an die Entente, die einzige Rettung sehen, so bestehen doch betreffs der Teilnahme Griechenlands am Kriege an der Seite der Verbündeten bedeutende Meinungsverschiedenheiten über die Bedingungen und den Zeitpunkt, an dem die Intervention stattfinden soll. Auch die bevorstehenden Wahlen geben Anlaß zu großen Differenzen. König Konstantin hat es entschieden abgelehnt, eine Abordnung zu empfangen, welche ihm die Resolution der am Sonntag vor acht Tagen abgehaltenen Versammlung der venizelistischen und ententefreundlichen Anhänger überreichen wollte, doch wird er alle Offiziere empfangen, die sich geweigert haben, an der Bewegung in Saloniki teilzunehmen.

Nach einem Reuters Telegramm aus Athen sind in Griechenland fünf Jahrgänge unter die Waffen gerufen worden. Unter der Bevölkerung herrscht vollkommene Ruhe.

Die „Times“ berichtet aus Athen, daß der französische und der englische Gesandte der griechischen Regierung eine Liste von sechzig Deutschen und Österreichern vorgelegt haben, die ausgewiesen werden sollen. Der Minister des Auswärtigen ersuchte die auf dieser Liste genannten Personen, die in Athen wohnen, noch in derselben Nacht und diejenigen, welche in der Provinz anständig sind, bis spätestens Sonnabend das griechische Gebiet zu verlassen.

Die Krisis in Dänemark.

In nicht allzu langer Zeit sollen in Dänemark Neuwahlen stattfinden und der neugewählte Reichstag hat dann endgültig über den Verlauf der westindischen Inseln an Amerika zu befinden. Die Verhandlungen wegen eines Koalitionsministeriums, das den Streik auf gütlichem Wege zum Austrag bringen sollte, sind, wie bekannt, gescheitert.

Es erscheint dem Fernerstehenden sonderbar, daß das Land wegen der Frage des Inselverkaufs mitten im Kriege Neuwahlen vornehmen läßt, die doch immer die Möglichkeit eines Systemwechsels in sich tragen. Von mehreren Seiten kommen denn auch Andeutungen, daß die Meinungsverschiedenheiten über Beständig nur der äußere Anlaß für den Ausbruch der Krise gewesen sind, daß vielmehr schon seit geraumer Zeit Bestrebungen am Werke sind, die Stellung des neutralitätsfreundlichen Ministeriums, das seine Hauptstütze in dem Ministerpräsidenten J. A. L. dem Minister des Innern S. L. A. und dem Kriegsminister L. u. n. hat, zu untergraben und ein kriegsfreundliches Kabinett an seine Stelle zu setzen. Alle drei Anzeichen bestätigen, daß die neutralitätsfeindlichen Elemente der Christenpartei und der Konservativen in den letzten Wochen an Kraft gewonnen haben; sie hoffen nun wohl, mit einem Schläge die demokratische Regierung beseitigen zu können.

Die Wahlkampagne wird durch eine bezeichnende Tatsache eingeleitet. Es scheint zwischen den Konservativen und der Christenpartei zu einem Wahlbündnis gekommen zu sein, das zwar offiziell noch nicht zugegeben wird, aber in einem von der konservativen Parteileitung inspirierten Artikel in der ländlichen Presse seinen ersten Ausdruck findet. Dort wird angedeutet, daß ein Wahlbündnis vom konservativen Standpunkt aus vorteilhaft sei, weil man dann hoffen könne, durch die Wahlen einen Reichstag und eine Regierung zu erhalten, die bereit seien, gewisse westindische Reformvorläge zu prüfen und durchzuführen, ohne daß man bis zum Verkauf zu geben brauche. Das ist deutlich und politisch, das demokratische Organ, magelt denn auch gleich fest, daß das Wahlbündnis vorhanden ist. Es sei jedoch kein Abkommen um der westindischen Inseln willen. Die Konservativen wählten genau, daß der Inselverkauf auf jeden Fall eine abgemachte Sache sei, da in der Linkspartei die überwältigende Mehrzahl den Verkauf nach den Wahlen wünsche. Das Abkommen sei getroffen worden, um ein Ministerium Christen zu schaffen. Um das herbeizuführen, habe man einen gemeinsamen Plan für das Vorgehen bei den Wahlen ausgearbeitet.

Diese Politik bestätigt unsere Auffassung, daß der Wunsch nach einem Systemwechsel der treibende Gedanke ist, und wir werden mit gespannter Aufmerksamkeit die Entwicklung der Dinge in Dänemark zu verfolgen haben. Um so mehr als die Wahlen zum erstenmal unter der neuen Verfassung stattfinden werden, die außer einer Erweiterung des Wahlrechts auf die Dienstboten auch den Frauen die politische Gleichberechtigung brachte. Die dänischen Frauen sollen ihre politische Reife in einer schweren und kritischen Stunde erproben. Werden sie sich nur in die äußerliche Frage des Inselverkaufs vertiefen und nach ihrer Auffassung über Notwendigkeit oder Schädlichkeit des Verkaufs ihre Abstimmung orientieren, oder begreifen sie die tiefere Bedeutung dieser Wahl? Wenn sie sich nicht täuschen lassen, so werden gerade sie alles daran setzen müssen, die äußerste Linke zu stärken, die den Friedenswillen Dänemarks repräsentiert. Sie haben nun zwei Jahre hindurch das Glend des Krieges vor Augen, und dies Bild muß für sie so viel Entschlafenes und Abschreckendes haben, daß sie mit aller Kraft für die Aufrechterhaltung der absoluten Neutralität kämpfen. Die dänischen Frauen können nicht wünschen, daß ihr Land mit in den Strudel hineingezogen wird. Aber wir fragen uns mit Sorge: werden sie den Ueberblick über die ganze innere und äußere Lage haben, der nötig ist, um allen Intrigen und allen Verdunkelungen zum Trost die Wahl so zu beeinflussen, daß die kriegsfreundlichen Elemente keinen Boden gewinnen?

Den Frauen Dänemarks ist eine schwere Bürde auferlegt. Ihre Stimmen geben den Ausschlag über das Wohl und Wehe ihres Landes.

Eine Massenkundgebung der Mailänder Sozialisten.

Die „Basler Nachrichten“ melden einer Drahtmeldung des „Lokal-Anz.“ zufolge: Die Mailänder Sozialisten haben sich die drohende Hinrichtung des italienischen Genossen Carlo Tresca in den Vereinigten Staaten zunutze gemacht, um eine große Protestversammlung gegen den amerikanischen Kapitalismus zu veranstalten. In Wirklichkeit handelte es sich um die Veranstaltung einer Kraftprobe, die unter einem anderen Vorwande nicht gestattet worden wäre. Die offizielle Beteiligung von zweiundzwanzig Gewerkschaften, darunter die sehr starken der Maurer und Erdarbeiter, der Postangestellten, der Eisenbahner und anderer, verließ der Veranstaltung das Gepräge. Großen Eindruck machte ein Schreiben einer Gruppe verärmelter Soldaten, die an der Versammlung teilnehmen wollten, es aber nicht durften. Die Reden waren, obwohl hauptsächlich auf amerikanische Verhältnisse zugelegt, voller Anspielungen auf italienische Verhältnisse, die von der Menge wohl verstanden wurden. Die Kraftprobe sei wohl gelungen, meint der reformsozialistische „Popolo d'Italia“ unter wilden Angriffen auf ihre Veranstalter.

Amerika übernimmt den Schutz der Rumänen in der Türkei.

Konstantinopel, 7. September. (Z. U.) Der Vorkämpfer der Vereinigten Staaten von Amerika hat den Schutz der rumänischen Staatsangehörigen in der Türkei übernommen.

Die russische Sommeroffensive 1916.

I. Der Kampf um Kowel
Zweiter Teil.

Aus dem Großen Hauptquartier wird uns berichtet:

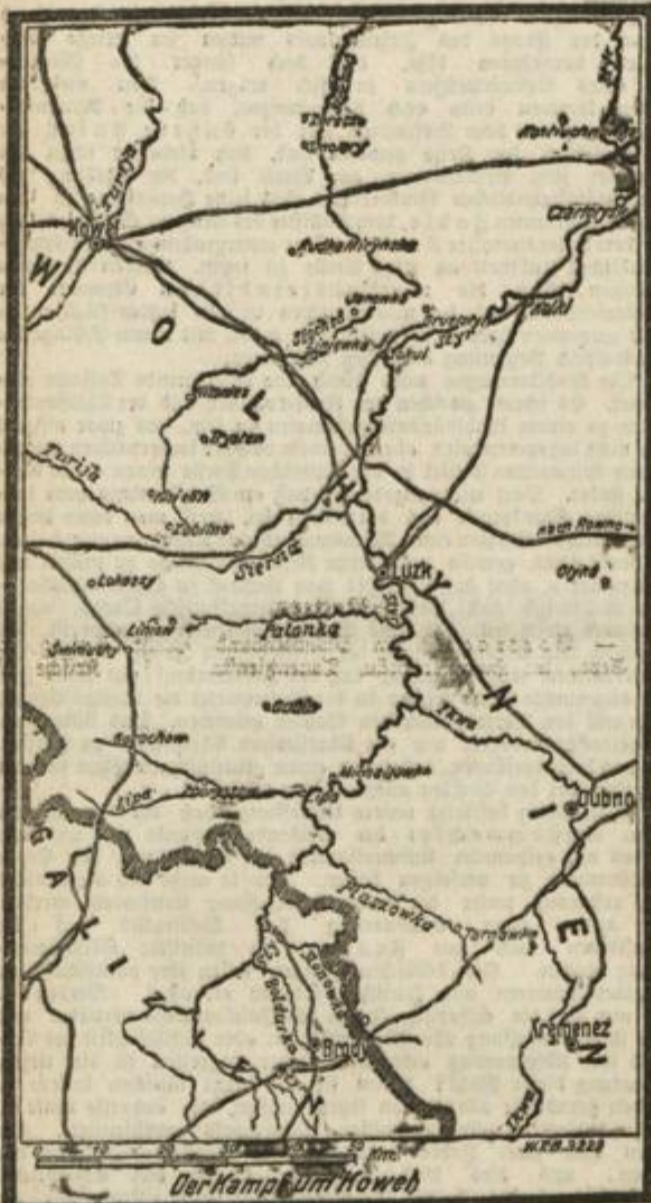
Nach der in Blauströmen erstikten Märzoffensive gegen die unerschütterliche Mauer der Hindenburgarmee tastete die russische Heeresleitung die Front weiter nach Süden ab und fand in Wolodymyr jene verhältnismäßig schwache Stelle, die zum strategischen Durchbruch geeignet schien.

In rücksichtslosem, keine Menschenopfer scheuendem Angriff wurde das russische Massengewicht vorgedrückt. Anfang Juni durchbrachen nach harter Artillerievorbereitung russische Angriffe die österreichischen Stellungen westlich Dlyha.

Durch energisches Nachstoßen auf und über Luzk, dessen Brückenkopf gegen überlegenen Angriff nicht gehalten werden konnte, gelang es dem Feinde, den Südsügel und die Mitte der L. und L. 4. Armee über den Styr zu drängen, während der Nordflügel, aufgenommen durch zunächst geringe deutsche Verstärkungen, dem Gegner das Nachdrängen über Slerna und Stry zu verwehren vermochte.

Etwa gegen Ende der ersten Juniwoche folgte der Feind in westlicher und südwestlicher Richtung nur zögernd und schrittweise nach. Seine Sorge galt dem österreichischen Nordflügel und den hier eingesetzten deutschen Kräften, gegen die er nunmehr mit seinen Hauptkräften nach Nordwesten in Richtung Kowel einschwenkte. Der wohl unerwartete Widerstand dieses durch deutsche Verbände verstärkten, unter deutscher Führung zusammengeführten Heeres veranlaßte ihn zur Vorsicht und Reorganisierung seiner Kräfte.

Selbst ein General Brusilow lernte wohl ahnen, daß Massenangriffe allein gegen deutsche Truppen keine Siege erzwingen. General v. Linington, der Sieger in blutigen Karpatenkämpfen, gebot mit den über Kowel herangeführten deutschen Verstärkungen dem russischen Ansturm das erste Halt.



Der Kampf um Kowel

Witte Juni verließ die Front unserer nach dem linken Flügel hin durch deutsche Kräfte verstärkten Verbänden in der allgemeinen Linie: Bladzowka—Abchnitt von Tarnawa bis zur Einmündung in den Styr—die Styr-Linie bis Gegend Lipa—das südliche Lipauer bis Poryszow—dann nach Norden biegend über Gorochow—Swinich auf Witoniez—Stochob—Abchnitt bis etwa nördlich Riwiewka—die Styr-Linie Solul—Koll, hier nach Norden umbiegend.

Nachdem deutsche Kräfte auch südlich Kowel eingesetzt waren, begann am 16. 6. der erste Gegenstoß in drei Gruppen: im Westen ungefähr aus der Linie Gorochow—Kolasch, von Nordwest mit dem rechten Flügel längs der Turija und von Norden.

Bis zum 18. 6. führte dieser Gegenangriff bereits einige Kilometer vorwärts.

Nach dem Eintreffen weiterer deutscher Verstärkungen wurde am 23. 6. ein zweiter Gegenstoß eingeleitet, der südwestlich von Luzk unter deutscher Führung nach Nordosten weiter ein gutes Stück vordrang.

Ein dritter Gegenstoß wurde wenige Tage später (30. 6.) nach Bildung einer neu zusammengeführten Stoßgruppe (unter deutscher Führung) eingeleitet.

Strömender Regen rauhte am Vormittag des 30. Juni hernieder und verwandelte die wolynischen Wege in grundlosen Morast. Stundenlang war für die Artilleriewirkung jede Fernsicht ausgeschaltet. Trotz aller Schwierigkeiten aber wird die beherrschende Höhe südlich Gubin gestürmt. Auch eine links anschließende L. u. L. Infanterie-Truppenabteilung macht gute Fortschritte und dringt in tapferem Angriff vor, wobei sie mehrere Gegenangriffe fallblütig abweist. Weiter nördlich stürmen deutsche und österreichische Verbände das Dorf Lubino und eine Höhe östlich von Trysten.

Der folgende Tag (1. 7.) trägt den Angriff weiter vor. Auf 18 Kilometer Breite sind die russischen Stellungen eingebrochen. Bis 5 Kilometer Breite ist Gelände nach Osten gewonnen.

Über mehrere Linien russischer Gräben, hier durch dichtes, verkrüppeltes Waldgelände, dort über freie Niederungen, trotz zahlreicher Gegenangriffe russischer Infanterie, ohne Rücksicht auf mehrfache Attaken der Transomur-Kavallerie-Division und einer zusammengeführten Kavallerie-Division, wird am Abend des 2. 7. das Höhen- und Waldgelände um Michailowka-Gubin erreicht.

In der Nacht zum 3. 7. beginnt der Ruße mit dem Gegenstoß: starke Infanterieangriffe und nördliche Kavallerie-Attaken leiten zwei zäh durchgeführte Massenangriffe ein. Unter außergewöhnlich schweren Verlusten wird der Gegner restlos abgeschlagen.

Auch die inzwischen verstärkte Nordgruppe hat den Angriff vorgezogen. In der Nacht zum 3. 7. räumt der Feind fluchtartig unter schwersten Verlusten eine von ihm besetzte Brückenkopfstellung auf dem nördlichen Stoßobufer an der Straße Kowel—Luzk.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amlich. Großes Hauptquartier, 7. September 1916. (W. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Sommeroffensive nimmt ihren Fortgang. Kampf auf der ganzen Linie. Die Engländer griffen mit besonderer Hartnäckigkeit immer wieder, aber vergebens, bei Ghinch an. Die Franzosen setzten abermals auf ihrer großen Angriffsfront südlich der Somme zum Sturm an, der im übrigen Teile von unseren Linien restlos zusammenbrach. Im Abschnitt Berny—Denicourt und beiderseits von Chauines wurden anfängliche Vorteile durch raschen Gegenstoß dem Feinde wieder entzogen. In Vermandovillers hat der Angreifer Fuß gefaßt.

Westlich der Maas wurden wiederholte französische Angriffe gegen die Front Werl Thiaumont—Bergwald abgeschlagen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls

Prinz Leopold von Bayern.

Keine Ereignisse von besonderer Bedeutung.

Front des Generals der Kavallerie

Erzherzog Carl.

Ostlich und südöstlich von Brzezanj blieben russische Angriffe erfolglos. Zwischen der Jota Lipa und dem Dnjestr bezogen wir im Anschluß an die gestern geschiederten Kämpfe eine vorbereitete rückwärtige Stellung, in die im Laufe des Tages die Nachhut herangezogen wurden.

In den Karpaten wurden südwestlich von Zielona, mehrmals an der Baba Ludowa, westlich des Kirlibaba-Tals russische, beiderseits von Dorna Watra russisch-rumänische Angriffe abgeschlagen.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Die siegreichen deutschen und bulgarischen Kräfte haben den stark besetzten Platz Tuzlakan im Sturm genommen. Ihre Siegesbeute beträgt nach den bisher vorliegenden Meldungen über 20 000 Gefangene — darunter zwei Generale und mehr als 400 andere Offiziere — und über 100 Geschütze. Auch die blutigen Verluste der Rumänen waren schwer.

Der Angriff starker russischer Kräfte gegen Dobric ist zurückgeschlagen.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 7. September. (W. L. B.) Amlich wird verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Rumänische Front.

Bei Claf-Topoliza wurden unsere Truppen, um einer drohenden Umfassung auszuweichen, auf die Höhe westlich des Ortes zurückgenommen. Sonst bei unveränderter Lage keine besonderen Ereignisse.

Secesfront des Generals der Kavallerie

Erzherzog Carl.

Mehrfach sehr heftige Angriffe, die der Feind gestern gegen unsere Karpatenfront richtete, wurden teils nach erbitterten Nahkämpfen, teils durch Gegenangriffe unter großen Feindverlusten abgewiesen. Südwestlich Hundul Rodowul führte ein eigener Angriff zur Eroberung eines Blockhausstützpunktes. Unachtsamlich ungewundene Gefangene fielen hierbei in unsere Hand.

Zwischen der Jota Lipa und dem Dnjestr bezogen wir im Anschluß an die geschiederten Kämpfe eine vorbereitete Stellung. Ostlich und südöstlich von Brzezanj führten feindliche Angriffe zu keinem Erfolg.

Secesfront des Generalfeldmarschalls

Prinz Leopold von Bayern.

Bei der Armer des Generalobersten v. Hochm-Grmolli wurden vereinzelt Angriffsvorwürfe des Feindes durch unser Feuer vereitelt. An der übrigen Front mäßiges beiderseitiges Artilleriefeuer.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Im Görzischen beschloß unsere Artillerie die Fionzobergänge, während der Feind unsere Stellungen bei Lovica und mehrere Ortschaften im Wippachtal unter Feuer hielt.

An der Euganer Front wurden italienische Aufklärungsabteilungen, die unter harter Feuerbegleitung gegen den Civaron vorgingen, kurz abgewiesen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs:

von Coeser, Feldmarschalleutnant.

Der verhältnismäßig geringe Raumgewinn dieser drei Gegenangriffe überraschte die Führung nicht. Es war vorausgesehen, daß unter den vorliegenden Verhältnissen der örtliche Erfolg dieser Gegenstöße wohl beschränkt bleiben würde. Sie fielen in eine Periode gegenseitigen Kräfteausgleichs bei uns und unserem Gegner. Immerhin wurde durch diese Gegenstöße unsere seit 5. 6. gemachte Deute auf etwa 100 Maschinengewehre, 128 Offiziere und über 19 000 Mann erhöht. Die große Bedeutung dieser unter deutscher Führung sofort eingeleiteten dreimaligen Gegenstöße ist aber nicht nach diesen Zahlen oder dem erzielten Raumgewinn zu bemessen. Ihr Wert liegt in ihrer rein militärischen, psychologischen und moralischen Bedeutung:

General v. Linington nimmt dem bisher unablässig vordrückenden Angreifer die Freiheit des Handelns, zwingt ihn zu Erweichungen und Umgruppierungen, festet Kräfte, die an anderer, politisch für Rußland wichtiger Stelle eingesetzt werden sollten und veranlaßt die russische Führung zu Verschiebungen ihrer Reserven dorthin, wo sie den deutschen Angriff beschränkt! Hinfort bemüht sich die russische Heeresleitung durch unablässigen Antransport weiterer starker Kräfte das verlorene militärische Übergewicht wieder zu erreichen.

Das Spiel des Kräfteausgleichs an zahlenmäßigen, taktischen und moralischen Werten wird fortgesetzt. Neu herangeführte Kräfte gestalten dem Gegner die Einleitung eines starken Angriffs gegen den linken Flügel österreichischer Truppen im Styrbogen. Die hier stehenden Verbände weichen unter dem gegen die Orte Gruzajatin und Kostianowka angelegten Angriff nach Westen aus und werden hinter den Stoß zurückgenommen. In diesen Kämpfen zeichnete

sich besonders die polnische Legion aus, die in tapferem Gegenstoß dem Feinde wichtiges Höhenland entriß.

Einige Tage später drückt der Feind südwestlich Luzk eine in der Gegend westlich von Gubin eingesetzte L. u. L. Division zurück. Zur Ausgleichung der dadurch geschaffenen Lücke wird die hier kämpfende Gruppe aus den eroberten Stellungen ein Stück zurückgenommen, ebenso die südlich anschließende Gruppe.

Wegen diese neue Front und gegen die Stoßlinie glaubt nun die russische Führung bei weiterem rücksichtslosen Menschen-einsatz neue Erfolge erzielen und das besessene Operationsobjekt „Kowel“ sicher erreichen zu können. Sie vermutet, auf durcheinandergewürfelte Verbände zu stoßen, die sie mühelos abfertigen wird, wenn sie nur energisch weiter vordrückt. Sie irrt sich und stößt auf gefestigte, nicht nur militärisch, sondern auch moralisch starke Verteidigungslinien, die nicht zu überrennen sind. Den weiten Halbbogen um Luzk halten kräftige deutsche Truppen, österreichisch-ungarische Verbände und tapfere polnische Legionäre. Der vermeintliche Siegeslauf ist zu Ende, ein neuer Angriff muß eingeleitet werden. Dazu aber bedarf die russische Führung frischer ausgereibter Kräfte. Sie zögert nicht, holt diese Kräfte von allen verfügbaren Fronten zusammen, läßt andere politisch wie strategisch bedeutsame Ziele in den Hintergrund treten und richtet das Höchstmaß der Kraftentfaltung auf Kowel. Während im Norden gegen Baranowitsch, im Süden gegen Lemberg der strategische Durchbruch angestrebt wird, wird der auf Kowel einfach rücksichtslos besoffen!

In Richtung und über Kowel soll General Brusilow den Keil eintreiben, der die verbündeten Heere auseinander sprengt, die Planen freilegt zur Aufrollung und die weitere Siegesbahn öffnet nach Westen. „Durchbruch nach Kowel — um jeden Preis“ — so heißt nun die Losung für Brusilows Offensive in Wolynien. Wie im März auf Wilna, so werden nun, gegen Ende Juli, alle Kräfte eingestellt auf das Ziel „Kowel“. Schon sehen, wie während der Frühjahrsoffensive, Kavalleriemassen bereit zur Verfolgung über Kowel nach gelungenem Durchbruch. Unerbittlich wird dem letzten Rest der Losung „Kowel“ in den Schädel eingehämmert.

Mitte Juli sind der ganzen russischen Armee bereits die Tage bekannt, an denen Kowel entscheidend anzugreifen ist. Der erste Angriffstag ist auf den 28. Juli, ein etwa nötiger zweiter Zeitpunkt auf den 7. August festgelegt. Am 12. August — spätestens — muß Kowel in russischer Hand sein, — „um jeden Preis“. Die russische Heeresleitung hat sich — wohl aus gewissen, in ihren Umrisen erkennbaren Gründen — auf die angegebenen Zeitpunkte zur Erzeugung des strategischen Durchbruchs auf Kowel festgelegt.

Wahr rüttelt nun die russische Führung mächtig und mit grimmiger Wut an der eisernen Schranke, die General v. Linington zwischen Luzk und Kowel geschlossen hat. Bald an dieser, bald an jener Stelle bricht der Ruße gegen unsere Front. Ohne Erfolg.

Alle verfügbaren Kräfte rafft der Feind zusammen. Unsere Abwehr beobachtet die Waffentransporte auf den nach Luzk und Kowel führenden Bahnen. Sie begnügt sich nicht mit der Beobachtung und Meldung. Häufig hürzen sie sich auf wenige 100 Meter hinab und überfallen die Transporte sowie marschierende Kolonnen durch Bomben und wohlgezieltes Maschinengewehrfeuer.

Die feindlichen Heeresberichte.

Der französische Tagesbericht.

Vom 6. September nachmittags. (W. L. B.)
Nördlich der Somme verlor der Feind während der Nacht keine Gegenstöße. Der Artilleriekampf dauerte in verschiedenen Gegenden der Front kräftig fort. Südlich der Somme griffen die Deutschen wiederholt die neuen französischen Stellungen südlich von Denicourt und im Vorgelände von Verth-en-Santerre an; alle ihre Angriffe brachen in unserem Sperrfeuer zusammen, das dem Feinde schwere Verluste eintrug. Auf dem rechten Ufer der Maas unternahm der Feind gestern gegen 8 Uhr abends einen Angriff auf das Dorf Fleury. Unter das heftigste Feuer der französischen Maschinengewehre genommen, vermochten die Deutschen nicht vorzubrechen. Die Zahl der in dem Abschnitt östlich von Fleury gemachten Gefangenen hat um 40 zugenommen. In Lothringen wurde eine starke feindliche Abteilung durch das Feuer der Franzosen überrannt und in dem Augenblick zerstreut, da sie einen der vorgeschobenen französischen Posten zu nehmen versuchte. Sonst überall eine ruhige Nacht.

Orientarmee. Keine Infanterietätigkeit während des gestrigen Tages. Der Artilleriekampf war heftig in der Gegend der Struma und des Dojransee, sowie an der gesamten serbischen Front.

Vom 6. September abends. (W. L. B.)
Nördlich von der Somme heftiger Geschützkampf ohne Infanteriegefecht. Südlich von der Somme haben unsere Truppen am Nachmittag ihre Angriffstätigkeit mit Erfolg wieder aufgenommen. Wir haben mehrere deutsche Schützengräben südlich von Verth-en-Santerre weggenommen. Bei einem lebhaften Angriff unserer Infanterie auf das Dorf Verth-en-Santerre haben wir den größten Teil dieses Dorfes genommen und unsere Abteilungen bis an die südliche Ecke des Dorfes vorgeschoben. Zwischen Vermandovillers und Chilly haben wir in besonders erbittertem Kampfe den Teil von Vermandovillers bis zur Straße von dort nach Estrées erobert. Weiter südlich in der Gegend, welche von Chauines und Chilly begrenzt wird, haben wir uns weiterer Schützengräben bemächtigt und unsere erste Linie bis in die unmittelbare Umgebung von Chauines und längs der Eisenbahn Chauines—Noie vorgeschoben. Die Zahl der im Laufe des Tages gemachten Gefangenen scheint erheblich zu sein, ist aber noch nicht bekannt. Am rechten Maasufer am Abend heftiges Geschützfeuer im Abschnitt am Gehölz von Baug und dem Kapitel-Walde. An der übrigen Front verlief der Tag verhältnismäßig ruhig.

Belgischer Bericht: Während der Nacht heftiger Kampf mit Schützengräben und Feldgeschützen in der Gegend von Steenstraete; der Tag war an der übrigen belgischen Front verhältnismäßig ruhig.

Die englische Meldung.

Vom 6. September nachmittags. (W. L. B.)
Im Laufe der Nacht nahmen wir den ganzen Leuze-Wald in Besitz. Der Kampf dauert zwischen dem Walde und dem Dorfe Combles und um Ghinch fort. Letzte Nacht ließen wir auch gegenüber von Commeccourt mit Erfolg Gaswolken los.

Bericht vom 6. September abends. (W. L. B.)
Bei Ghinch wird heftig gekämpft. Eine starke feindliche Abteilung, die aus Courclette vordrückte, wurde von unserer Artillerie zerstreut.

Der russische Kriegsbericht.

Vom 6. September. (W. L. B.)
Westfront. In Galizien, in der Gegend der unteren Gorodno, eines linken Nebenflusses des Dnjestr, eroberten unsere Truppen eine befestigte feindliche Stellung und warfen den Gegner nach Nordwest zurück. Die Zahl der bis jetzt gezählten Gefangenen in dieser Gegend steigt auf 4500, darunter 2000 Deutsche.

Unsere Karpaten: Unser Vormarsch dauert an. Unsere Truppen nahmen eine Anzahl Höhen und warfen mehrere wiederholte feindliche Angriffe zurück.

Kaukasusfront: In der Gegend von Dagnut stießen unsere Truppen weiter vor und bringen dem Gegner schwere Verluste bei. In der Gegend westlich von Dagnut fanden wir Leichname unserer Soldaten, die von den Türken gräßlich vermisshandelt waren. Westlich des Wankes vertrieben englische Panzerautomobile die Türken aus den Dörfern Bz (38 Kilometer nordöstlich von Rusch) und Tschoukur—Kotchemi (12 Kilometer nordwestlich von Rusch).

Balkanfront. Deutsche und bulgarische Truppen greifen die rumänischen Streitkräfte in der Gegend von Kurtulak an.

Meldung der italienischen Secesleitung.

Vom 6. September. (W. L. B.)
Schlechtes Wetter herrscht im ganzen Kriegsgebiet. Der erste Schnee fiel in der Gebirgsgegend. Die Tätigkeit des Feindes be-

schänkte sich gestern auf einige Tätigkeit der Artillerie, der die unfruchtbar antwortete. Im oberen Teil (Boite) breiteten unsere Truppen ihre Stellungen auf dem Westabhange der Punta del Forame aus.

Albanien: Eine Kolonne, aus Abteilungen der drei Waffen zusammengesetzt, unternahm am 4. einen neuen Streifzug jenseits der Bojula in die Gegend nördlich von Valona. Unsere Truppen, die aus dem Brückenkopf von Gisti herabzogen, zerschlugen die feindlichen Linien zwischen Samar und Praluta, während ein Geschwader unserer Flugzeuge hier, den Sitz des feindlichen Oberbefehlshabers, mit Bomben belegte. Am Nachmittag kehrten unsere Truppen unbedrängt auf das linke Ufer zurück und brachten einige Gefangene mit. Eins unserer Harmanflugzeuge ist von dem Streifzug nicht zurückgekommen.

Rumänischer Bericht.

Vom 5. September 7 Uhr morgens. (W. L. W.) Nord- und Nordwestfront. Leichte Schamäbel. Bei der Eroberung des Berges Jarosi durch unsere im Tale Uj vorgehenden Truppen sind sechzehn Munitionskisten mit Dumdum-Geschossen in unsere Hände gefallen. — Südfront: Feindliche gegen Lutrakan gerichtete Angriffe sind zurückgeschlagen worden. Die Kraft der feindlichen Angriffe nimmt ab, der Feind scheint ermüdet zu sein. Der Feind beschoß die Orte Glazobek, Kalafat und Grula. Unsere Batterien zwangen feindliche Kanoniere, die aus dem Kanal zwischen der Insel Berlina und dem bulgarischen Ufer hervorzubrechen wollten, sich unter dem Schuß der Insel zurückzuziehen. — Luftkrieg: Feindliche Flugzeuge warfen Bomben auf die Stadt Bukarest ab, wo sie vier Häuser beschädigten und zwei Männer und eine Frau verwundeten, ferner auf Biatroneam, wo eine alte Frau verwundet wurde, und auf Bloesti, Constanza und Wechet, wo an den Häusern leichte Beschädigungen angerichtet wurden.

Bericht vom 6. Sept. An der Nord- und Nordwestfront besetzten wir Detru (?), Sbergyo-Ditro und Orsova, wo wir sieben Geschütze, mehrere Maschinengewehre, Scheinwerfer und bedeutende Lebensmittellager erbeuteten. An der Südfront greifen die feindlichen Truppen, die zahlreiche Verstärkungen, besonders an schwerer Artillerie erhalten haben, andauernd sehr heftig Lutrakan an, dessen Besatzung unaufhörlich Gegenangriffe macht. Sehr empfindliche Verluste auf beiden Seiten.

Aufruf des neuen Emirs von Mekka.

Konstantinopel, 7. September. (W. L. W.) Der neue Emir von Mekka, Sherif Ali Qaidar Pascha, hat nach seiner Ankunft in Medina einen Aufruf erlassen, in dem die Haltung des früheren Emirs Hussein gebührend kritisiert wird, der das Land unter den Schuß der im Kriege mit der Türkei befindlichen, dem Islam feindlichen Engländer habe stellen wollen, die, wenn dies gelungen wäre, es so wie viele andere Länder unterjochen würden. Der Aufruf weist darauf hin, daß die Mittelmächte niemals nach islamischem Boden lästern gewesen seien, und auf das Unheil, das England stets dem Islam bereitet habe. Der Aufruf fordert die Bevölkerung auf, die osmanische Armee bei Säuberung des dem Islam heiligen Bodens vom Feinde zu unterstützen.

Vom U-Boot-Krieg.

Rotterdam, 7. September. (W. L. W.) Der norwegische Dampfer „Milda“, der Mittwoch morgen von hier nach London abfuhr, ist in der Nähe des Noordhinder Feuereschiffes gesunken. Die Mannschaft ist durch den Dampfer „Catavier 8“ gerettet worden, der abends in Hoel van Holland erwartet wird.

Rotterdam, 7. September. (W. L. W.) Wie die Mannschaft des norwegischen Dampfers „Milda“ erzählt, wurde der Dampfer von einem deutschen U-Boot versenkt. Er führte ungefähr 300 Tonnen Stützmittel, hauptsächlich Butter, Margarine und Obst.

Kriegsdebatte im ungarischen Abgeordnetenhaus.

Budapest, 6. September. (W. L. W.) Abgeordnetenhaus. Graf Andrássy stellte in der heutigen Sitzung einen Antrag auf Einberufung der Delegationen, begründete diesen eingehend und sagte: Es ist unmöglich, den ungarischen Ministerpräsidenten für die Einzelheiten und für die Ergebnisse der auswärtigen Politik zur Verantwortung zu ziehen. Entweder gibt es keine ernste Verantwortung, oder aber sie trifft den Minister des Reiches, der den Delegationen Rede und Antwort zu stehen hat. Der Redner behandelte dann im einzelnen die Geschehnisse der auswärtigen Politik, und vor allem die Verhandlungen, die dem italienischen Kriege vorangegangen sind, und sagte: Die Behauptung, der Krieg sei unvermeidlich gewesen, widerspricht nicht nur der Meinung der Regierung und ihrer Organe in der Vergangenheit, sondern sie ist auch unwahrscheinlich, wenn man die Reihenfolge der Ereignisse in Betracht zieht. Graf Andrássy verlas hierauf verschiedene Stellen aus den veröffentlichten amtlichen Berichten und erklärte weiter: Ohne mir ein endgültiges Urteil anzumahen, leite ich aus den vorliegenden amtlichen Aufstellungen die Schlussfolgerung ab, daß unsere Verhandlungsweise keine andere Wirkung haben konnte, als die, denjenigen in Italien, deren Ziel der Krieg war, in die Hände zu arbeiten. Wir haben eine sehr ehrliche Politik in sehr ungeheurer Weise gemacht. Meine Beschuldigung geht dahin, daß wir immer zu spät gekommen sind, alles zur Unzeit angeboten, dadurch die italienische Kriegspartei gestärkt und dadurch uns für unsere verspäteten Anerbietungen immer wieder einen Korb geholt haben.

Der Redner besprach dann die rumänische Frage und führte aus: Die Regierung hätte ihren ganzen Einfluß in die Waagschale werfen müssen, damit, wenn wir die Kraft zu einer erfolgreichen Offensiv haben, diese in einer Richtung erfolge, die auf das Verhüten Rumäniens von Wirkung sein müßte. Ich kann ohne Gefahr und Nachteil behaupten, daß wir die stärkste der gegen uns kämpfenden Armeen vernachlässigt und Rußland acht bis zehn Monate Zeit gelassen haben, sich wieder aufzurichten. Trotzdem ist mein Vertrauen unerschütterlich, daß wir Rumänien schlagen und seinen niederträchtigen Ueberfall abhalten werden. Aber ich bin aus den angeführten Gründen der Ansicht, daß die schärfste Voraussichtung der auswärtigen Politik berechtigt ist, die mit Erfolg nur vor dem Forum der Delegationen ausgeübt werden kann. (Lebhafte Beifall links.)

Ministerpräsident Graf Tisza ersuchte um Ablehnung des Antrages Andrássy. Er wies darauf hin, daß das ungarische Abgeordnetenhaus, da während des Krieges die Delegationen unter Zustimmung des Abgeordnetenhauses nicht tagten, bereits dreimal das gemeinsame Budget bewilligt habe. Es sei daher vom Standpunkte der Vermittlung des gemeinsamen Staatshaushaltes eine Kontrolle der Politik durch die Delegationen nicht unerlässlich. Was den Vorwurf Andrássy betreffend die Politik gegen die jetzt feindlichen Mächte Italien und Rumänien angehe, so sei zu beachten, daß in diesen Ländern sich derzeit feindliche Strömungen und Strömungen nach Landverwerb gezeigt hätten, daß keine diplomatische etwas daran hätte ändern können. Bezüglich der dem Kriege vorangegangenen Verhandlungen mit Italien seien seine Worte mißverstanden worden, so daß seine frühere Erklärung nochmals wiederholen wolle, welche lautete: Wir haben der italienischen Regierung unser Anerbieten eines Gebietsangehörigen im besten Glauben gemacht. Wir machten es in der ersten Absicht, daß wir es, wenn es angenommen wird, ehrlich vollziehen werden. Wir werden diese Zugeständnisse als endgültig betrachten und keinerlei Hintergedanken an Raub oder Wiedereroberung des abgetretenen Gebietes hegen. Dieses Anerbieten, welches wir im besten Glauben gemacht hatten, wird auch dann aufrechterhalten, als wir und sage fort: Die grundsätzliche Erklärung über Gebietsabtretungen

sozusagen keine Hoffnung mehr hatten, daß es angenommen werden würde, denn, wenn es nicht angenommen würde, so wollten wir durch die Verhandlungen wenigstens Zeit gewinnen. Sodann sagte der Ministerpräsident noch: Zu Ende der Verhandlungen hatten wir fast gar keine Hoffnung mehr, aber niemand kann alles wissen, und die Wendung, welche mit dem Namen Giolitti verknüpft ist, zeigt am besten, daß noch im letzten Augenblick eine Wendung hätte eintreten können. Graf Tisza bestreift sodann entschieden die Behauptung Andrássy, daß die Anerbietungen an Italien sich mit der Verschlechterung der militärischen Lage gefeiert hätten, wurde am 9. März abgegeben und ein weiterer Schritt wurde nach dem Fall von Przemysl getan. Aber es ist nicht richtig, daß wir unter dem Eindruck des Falles von Przemysl gehandelt hätten, sondern wir erhielten eben zu jener Zeit die erste meritorische Antwort Sonninos und mußten eine Antwort darauf erteilen. Der Fall von Przemysl hatte keinen Einfluß auf unsere Antwort an Italien, da wir wohl wußten, daß er keinen wesentlichen Einfluß auf den Ausgang des Krieges haben würde. Ich kann nur tief bedauern, daß der Herr Abgeordnete behauptet hat, daß unsere gesteigerte Nachgiebigkeit gegenüber Italien mit der Verstärkung über den Fall Przemysl im Zusammenhang gestanden habe. Im Gegenteil, wir sind am weitesten in den Zugeständnissen im Monat Mai nach dem Siege bei Gorlice gegangen, also zu einer Zeit, in der wir die Russen zurückgeschlagen hatten und von einer Verstärkung durchaus nicht die Rede sein konnte.

Graf Apponyi beantragte mit Rücksicht darauf, daß die Delegationen nicht zusammenzutreten, eine gesetzliche Abänderung, das Erscheinen des Ministers des Reiches im ungarischen Reichstage herbeizuführen, damit er über die auswärtige Politik Aufklärungen gebe. Graf Tisza lehnte diesen Antrag ab, er erklärte jedoch, seine Einwendungen dagegen zu erheben, daß über diesen Antrag sowie den Antrag Andrássy auf Einberufung der Delegationen verhandelt werde.

Daszynskis Mandatsverzicht rückgängig gemacht?

Wien, 6. September. (W. L. W.) Wie die „Polnischen Nachrichten“ erfahren, hat Abg. Daszynski, dem Beschlusse des Exekutivkomitees der sozialdemokratischen Partei Galiziens entsprechend, den Verzicht auf sein Reichsratsmandat zurückgezogen.

Wenn diese Nachricht zutrifft, hat sich Daszynski dem gestern mitgeteilten Beschluß der polnischen Parteileitung gefügt, der ihn beauftragte, den Verzicht zurückzunehmen und sein Mandat fernerhin auszuüben. Vom Standpunkt der Parteidisziplin würde der Vorgang verständlich erscheinen. Ob aber der gegen Daszynski ausgeübte Gewissenszwang selbst der gegenwärtigen Politik der galizischen Sozialdemokratie förderlich sein würde, mag dahingestellt bleiben.

Kongress der englischen Gewerkschaften.

Ein Haager Telegramm des „Berliner Tageblatt“ vom 4. September berichtet über den englischen Gewerkschaftskongress folgenden:

Die mit Spannung erwartete Tagung der englischen Arbeitergewerkschaften wurde Montag in Birmingham eröffnet. Man verhandelte zunächst über die Teilnahme der Arbeiter an der Verwaltung gewerblicher Unternehmungen und über den Lebensmittelpreiser. Am zweiten Tage wurde eine Einladung des amerikanischen Arbeiterbundes behandelt, wonach am Orte der Friedensverhandlungen ein internationaler Gewerkschaftskongress abgehalten werden solle. Der Kongress erklärte die Teilnahme deutscher Vertreter der Gewerkschaftsbewegung für unmöglich. Die Einladung der Amerikaner wurde darauf von den Vertretern von 1488 000 Stimmen gegen die von 728 000 Stimmen abgelehnt. In der Debatte wurde ein internationaler Kongress ohne die Mittelmächte für eine Unmöglichkeit erklärt. Thorne führte aus: „Es ist nicht möglich, daß die Abgeordneten von Deutschland, Oesterreich-Ungarn und der Türkei und Bulgarien mit uns tagen, während wir über Friedensziele verhandeln. Eine Beratung über den Frieden darf nicht stattfinden, ehe nicht Deutschland aus Frankreich und Belgien vertrieben ist. Neunundneunzig Prozent der englischen Arbeiter würden sich gegen die gegenwärtige oder eine andere Regierung erheben, die Frieden schließen würde, bevor das geschehen ist. Ich mon fragte, ob die amerikanischen Arbeiter zu einer Konferenz ohne die Deutschen bereit sein würden, und sprach in versöhnlichem Sinn, wurde aber durch einen Sturm von Ausrufen: „Die Juppelme!“ unterbrochen. In der Verhandlung wurde noch von weiteren Rednern ein Aushalten bis zur Vernichtung Deutschlands befürwortet, doch kam es zu fortwährenden erregten Szenen. Später wurde noch eine scharfe Resolution angenommen, die Lloyd Georges Beschuldigungen gegen die Gewerkschaften verurteilt, und ebenso eine Resolution gegen die Unfähigkeit der Regierung, die versprochene Lohnhöhe für Frauenarbeit aufrechtzuerhalten.

Der gegenwärtige Kongress ist der größte Kongress englischer Gewerkschaften, der je abgehalten wurde. 650 Vertreter von drei Millionen Gewerkschaften sind anwesend. Der Vorsitzende Gosling führte aus: „Beim Friedensschluß wird ungefähr ein Drittel der ganzen Lohnarbeiterschaft durch Verringerung der Kriegserzeugung seine Stelle verlieren. Wenn nicht geeignete Vorbereitungen schon im voraus getroffen werden, ja, nicht schon getroffen sind, werden die Gewerkschaften schnell arm und Hunderttausende ihrer Mitglieder arbeitslos sein. Das wäre ein Augenblick schwerster Gefahr für die englische Industrie. Es ist zu fürchten, daß durch die Arbeitslosigkeit die bisherige Lebenshaltung herabgedrückt werde. Die Gewerkschaften werden den Kampf bis aufs äußerste dagegen aufnehmen. Ich glaube, daß die Regierung sich der Gefahr bewußt ist, die mit der Entlassung von sechs oder sieben Millionen Menschen aus der Kriegsarbeit gegeben ist. Die große Aufgabe für die Zeit nach dem Kriege ist, der Arbeitslosigkeit vorzubeugen. Sobald die Kriegsverhältnisse die Arbeiterschaft nicht mehr binden, werden sie energisch für alle ihre früheren Rechte eintreten. Ein industrieller Frieden wird sich erst ergeben, wenn die Arbeiter zwar nicht am Verdienst, wohl aber an der Verwaltung der Fabriken, in denen sie beschäftigt werden, teilnehmen. Die Arbeiter haben am Kriege teilgenommen, nicht um den deutschen Handel zu erobern, sondern aus idealen Beweggründen.“ Unter diesen Worten er, sagte Gosling, die Sicherung des Friedens in Europa durch eine internationale Friedensvereinbarung.

Zu diesem Bericht ist zunächst zu sagen, daß die Erörterung rein gewerkschaftlicher und sozialpolitischer Fragen auf dem Kongress durchführungen ist von demselben Geiste, der selbst für die englischen „Durchhalter“ in der Kriegszeit bezeichnend ist: vom Geist einer kräftigen Offensive gegen die Unternehmer und die Regierung. Die Gewerkschaftler scheuen sich nicht, die Unfähigkeit der Regierung zu brandmarken, die Angriffe Lloyd Georges gegen die Gewerkschaften zu verurteilen und den Kampf bis aufs äußerste gegen die Herabdrückung der bisherigen Lebenshaltung der Arbeiterschaft anzukündigen. Daneben treten sie schon jetzt mit praktischen Vorschlägen zur Regelung der für die Arbeiterschaft wichtigen Fragen bei Friedensschluß hervor, mit Vorschlägen, deren Erörterung schon seit Monaten in der englischen Arbeiterpresse einen bedeutenden Platz einnimmt. Soweit diese Seite der Kongresserörterungen in Betracht kommt, dürfen sie seitens der Arbeiterschaft der anderen Länder lebhaftes Interesse beanspruchen und zur Nach-

ahmung anspornen. Rein politisch jedoch hat der englische Gewerkschaftskongress, soweit die „Durchhalter“ vom Schlage Thornes auf ihn maßgebend waren, völlig versagt. Der obenstehende Bericht ist zwar in seinem ersten Teil, der die Friedensanregung des amerikanischen Arbeiterbundes behandelt, besonders mangelhaft, so daß endgültige Urteile erst beim Vorliegen ausführlicherer Berichte gefällt werden können. Allein schon die Tatsache, daß Thorne den amerikanischen Vorschlag, am Orte der Friedensverhandlungen, also nach Beilegung der Feindseligkeiten, einen internationalen Gewerkschaftskongress abzuhalten, um die Arbeit der Diplomaten zu beeinflussen und zu kontrollieren, mit dem Hinweis bekämpfen konnte, eine Beratung über den Frieden dürfe nicht stattfinden, ehe nicht Deutschland aus Frankreich und Belgien vertrieben sei, — schon diese Tatsache allein genügt zur Kennzeichnung der Kriegspolitik, unter deren Einfluß auch ein Teil der englischen Gewerkschaftsführer steht. Vorläufig haben diese Herren noch das Heft in der Hand. Aber die Tatsache, daß bei der Abstimmung über den amerikanischen Vorschlag, bei der anscheinend die Kräfte gemessen wurden, genau ein Drittel des Kongresses (728 000 Stimmen gegen 1488 000) gegen den Kurs der Thorne und Genossen stimmte, ist ein untrügliches Anzeichen dafür, daß auch in den englischen Gewerkschaften die Opposition gegen die „Durchhalter“ auf dem Marsche ist.

Amerika gegen die Schwarzen Listen.

New York, 5. September. (Zuspruch des Vertreters von W. L. W.) Die Führer im Kongress und das Staatsdepartement haben sich für wirtschaftliche Vergeltung gegenüber den Alliierten, namentlich gegen England, wegen der Schwarzen Listen und anderer Erdrungen des amerikanischen Handels entschieden, als für das beste Mittel, den amerikanischen Kisten Nachdruck zu verleihen. Der Jahrgang zu dem Schiffahrtsgesetz, der das Schahamt ermächtigt, allen Schiffen die Ausfuhr von Waren zu verweigern, die die Annahme amerikanischer Waren aus anderen Gründen als Raumangel ablehnen, und der Abänderungsantrag des Senators James zu der Schahamtsbill sind Schritte in dieser Richtung. Der Abänderungsantrag James wurde vom Senat einstimmig angenommen; die andere Abänderung hat bereits beide Häuser des Kongresses durchlaufen.

Ein Bericht der „New York Times“ aus Washington besagt: Einen starken Anstoß zur Annahme des Abänderungsantrages James gaben das Vorgehen der britischen Regierung, die in den Vereinigten Staaten heimatisierte Firmen auf die Schwarze Liste setzt, und auch das neuerliche Vorgehen Englands, Tabakverrichtungen nach neutralen Ländern, wenn sie für die Mittelmächte bestimmt sind, mit Beschlüssen zu belegen. Eine starke Erregung ist in den Tabakbauenden Staaten Maryland, Kentucky, Tennessee und Virginia wegen Englands Haltung in der Tabakfrage entstanden; in diesen Kreisen wird behauptet, die britische Regierung ordne die Verschlagnahme an, habe sie wieder auf und stelle sie wieder her, um den Preis für Tabak für die britischen Einfuhrhäuser günstig, für die amerikanischen Pflanzler und Ausfuhrhäuser ungünstig zu beeinflussen. Eine zahlreiche Abordnung der Tabakpflanzler aus diesen Staaten ist nach Washington gekommen, hat den Führern des Kongresses ihre Klagen vorgetragen, sich in deren Begleitung nach dem Staatsdepartement begeben und dort ihre Beschwerden über die Lage vorgebracht. Bei dieser Beratung legte Senator James den Entwurf seines Abänderungsantrages als Plan einer Wieder Vergeltung vor, und er wurde vom Staatsdepartement so gebilligt, wie er später angenommen worden ist. Man nimmt an, daß der Abänderungsantrag der Regierung als Waffe dienen wird, die sie bei ihren diplomatischen Verhandlungen mit England und anderen kriegsführenden Staaten über die Wahrung der Rechte des amerikanischen Handels in der Waagschale werfen kann.

In einem Bericht der „Tribune“ aus Washington heißt es: Man rechnet damit, daß beide Maßregeln im Auslande Witterkeit erregen und dort zu neuen beschränkenden Bestimmungen führen können. In Regierungskreisen glaubt man, daß die amerikanischen Munitionslieferungen an die Alliierten, die durch einen Beschluß des Kongresses verboten werden könnten, eine genädelte Waffe abgeben als letztes Mittel, die Kriegsführenden an der Durchführung eines Handelskrieges zu hindern.

Kleine Kriegsnachrichten.

London, 5. September. (W. L. W.) Wie die Blätter mitteilen, hat die russische Regierung 19 200 000 Ellen Tuch zum nächsten Frühjahr für die Armee bestellt.

London, 7. September. (W. L. W.) Meldung des Reuterschen Bureaus, Antlich. Die Einfuhr nach Großbritannien betrug im Monat August 78 116 854 Pfund Sterling oder um 6 715 915 Pfund mehr als im August 1915, die Ausfuhr 47 720 828 Pfund Sterling oder um 15 281 408 Pfund Sterling mehr als im August 1915.

Letzte Nachrichten.

Die Eroberung von Lutrakan.

Sofia, 7. September. (W. L. W.) Antlich. Gestern, den 6. September, 2 Uhr 30 Minuten nachmittags, fiel nach einem heftigen Kampfe bei der zweiten Verteidigungslinie südlich der Stadt Lutrakan die brückenkopfartige Lutrakanfestung in unsere Hand. Die Garnison der Festung kapitulierte. Gefangen wurden das 34., 35., 36., 40., 74., 79., 80. und 84. Infanterieregiment, zwei Bataillone des Gendarmerieregiments, das 5. Kavallerieregiment, das 3. schwere Artillerieregiment. Erbeutet wurde: die ganze Festungsartillerie, viel Munition, Gewehre, Maschinengewehre und anderes Kriegsmaterial. Die genaue Zahl der Gefangenen und der Beute wird erst festgestellt. Bis jetzt wurden gezählt: 400 Offiziere, darunter drei Brigadeführer, und 2100 unbeschädigte Gefangene, ferner zwei Fahnen und mehr als 100 moderne Geschütze, bei welchen sich zwei im Jahre 1913 bei der Stadt Ferdinand gestohlene Batterien befinden. Die Verluste der Rumänen an Toten und Verwundeten sind enorm. Viele rumänische Soldaten ertranken auf ihrer panikartigen Flucht in der Donau.

Russische Minen auf schwedischem Gebiet.

Stockholm, 7. September. (W. L. W.) „Aha Dagligt Allehanda“ macht darauf aufmerksam, daß ein kürzlich im Landsmeer gelegenes russisches Minenfeld sich auf schwedischem Hoheitsgebiet befindet. Für das Nordmeer gelte nämlich der Staatsvertrag von 1810, der festsetze, daß die Grenze zwischen Rußland und Schweden mitten durch das Nordmeer nach der Ostsee geht. Somit habe Rußland auf schwedischem Gebiet Minen ausgelegt. Schweden müsse daher auf das nachdrücklichste dagegen Einspruch erheben, wenn es nicht dieses Gebiet einer fremden Macht für Kriegszwecke zur Verfügung stellen wolle.

Der Verkauf der dänisch-westindischen Inseln.

Kopenhagen, 7. September. (W. L. W.) Die Delegation der politischen Parteien behandelte heute den von den Konservativen gestellten Vorschlag zur Lösung der Frage des Verkaufs der westindischen Inseln. Der Vorschlag wurde vom Ministerium, von den Radikalen, den Sozialdemokraten und der Partei der Linken im Prinzip angenommen, von der linken jedoch nur unter der Bedingung, daß gleichzeitig ein Koalitionsministerium gebildet wird. Die Verhandlungen werden morgen fortgesetzt.

Gewerkschaftliches.

Aus der Kriegsbeschädigtenfürsorge Berlins.

Der Hauptausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge der Stadt Berlin hielt am 6. d. Mts. eine mehrstündige Sitzung ab. Zunächst gelangten in dieser Sitzung Beschwerden der vereinigten Gewerkschaften und der Angestelltenorganisationen über die Handhabung bei der Fürsorge zur Verhandlung. Von den Beschwerdeführern wurde angeführt, daß die Mängel nicht in der Organisation, vielmehr in der bürocratischen Art der Erledigung der Anträge der Kriegsverletzten läge. Zum Beweis dafür wurde auf eine Anzahl von Fällen verwiesen.

Von Seiten des Vorsitzenden Stadtrat Preuß wurde erwidert, daß einer der Hauptmängel bereits gehoben sei, indem der Ausschuß eigene Räume im Hause Poststraße 5 zugewiesen erhalten habe. Dort wird es möglich sein, dem Bunde der Beschwerdeführer entsprechend die Kriegsverletzten bei der Aufnahme der Fragebogen möglichst einzeln zu vernehmen. Die mit der Aufnahme betrauten Personen hätten nicht das Recht, selbständig darüber zu befinden, ob der Kriegsverletzte seinem eigenen oder einem anderen Berufe zugeführt werden soll, vielmehr sei dieses nach wie vor Aufgabe der Berufsberater. Es wird zugesagt, tunlichste Beschleunigung bei der Erledigung eintreten zu lassen. Des weiteren seien bereits Plakate in Auftrag gegeben worden, die auf die Arbeitsgemeinschaften, die sich in den einzelnen Industrien gebildet haben, aufmerksam machen. Von den Beschwerdeführern war nämlich behauptet worden, daß die Kriegsverletzten durch das Plakat des Arbeitsnachweises irreführt werden, indem dieses Plakat lediglich auf den Arbeitsnachweis aufmerksam mache. Der Hauptausschuß steht jedoch nach wie vor einstimmig auf dem Standpunkt, daß die Arbeitsgemeinschaften berufen sind, den Hauptfaktor bei der Unterbringung der Kriegsverletzten zu bilden. Auf den Vorwurf der mangelhaften Unterstellungen wird darauf geantwortet, daß die Stadt unmöglich laufende Zuschüsse zu den Renten des Staates gewähren könne, daß aber in besonderen Notfällen heute bereits eingegriffen wird. So seien von dem zur Verfügung stehenden Fonds 60 000—70 000 M., darunter für Darunterstützungen circa 16 000 M., zur Beschaffung von Stiefeln und Schuhen circa 5000 M. ausgegeben worden.

Von den Vertretern der Organisationen wurde betont, daß bei der Prüfung der Unterstellungsbedürftigkeit nicht armenrechtliche Gesichtspunkte maßgebend sein dürften. Unter allen Umständen müsse verhütet werden, daß der Kriegsverletzte der Armenverwaltung anheimfalle. Es würde in weiten Kreisen der Bevölkerung nicht verstanden werden, daß der Verteidiger des Vaterlandes, als Verletzter in die Heimat zurückgekehrt, nunmehr als Stadtarmer behandelt werden würde.

Von mehreren Direktoren der Fachschulen wurde darauf hingewiesen, daß von den 3000 zur Verfügung stehenden Plätzen zur Umlernung für die Kriegsverletzten nur circa 100 besetzt wären. Die Schwierigkeit der Ausnützung der vorhandenen Lehrplätze läge bei den Militärbehörden. Der Kriegsverletzte, der sich noch im Lazarett oder in der Kaserne befände, könne nicht immer die für die Schulzeit vorgesehene Zeit frei machen, da in den Kasernen mit dem Essen usw. nicht auf ihn gemartet würde.

Wegen der Ertraunterstützung wird wahrscheinlich dem Reichstag eine Vorlage zugehen, wonach den Gemeinden aus Staatsmitteln Summen für diesen Zweck überwiesen werden würden.

Um in Zukunft Beschwerden der Kriegsverletzten sofort erledigen zu können, wurde vom Hauptausschuß eine Beschwerdekommision eingesetzt, der als Vorsitzender Herr Stadtrat Preuß, sowie von den Arbeitgebern Stadtverordneter Bry, von den Arbeitnehmern Stadtverordneter Brückner angehören.

Weiter wurde beschlossen, in den nächsten Wochen eine Ausstellung für Kriegsbeschädigte wahrscheinlich im Festsaal des Rathauses, auf 14 Tage berechnet, stattfinden zu lassen.

Dem Ausschuß zur Veranstaltung wissenschaftlicher und bildender Vorträge in den Lazaretten vor den Kriegsverletzten wird ein monatlicher Zuschuß zu den Kosten im Betrage von 50 M. gewährt.

Der Hauptausschuß hatte sich an die maßgebenden Firmen in der Metallindustrie gewandt, um anschließend an die Betriebe die Errichtung von Lazaretten zu ermöglichen. Diese Angliederung sollte geschehen, um einmal den Verletzten der Kontrolle des Arztes nicht zu entziehen, weiter ihm die Möglichkeit zu geben, mehrere Stunden am Tage die ihm verbliebene Arbeitskraft dem Betriebe nutzbar zu machen. Bezwacht wurde, dem Kriegsverletzten das Zutreten zu sich selbst, ihm die Lebensfreude wieder zu geben. Von den Betrieben ist jedoch die Antwort eingelaufen, daß sie prinzipiell zu der Angliederung geneigt wären, daß die Kostenfrage nicht in Betracht käme, daß aber zur Zeit, wo sich die Betriebe in Hochkonjunktur befinden, nicht die notwendige Anzahl von Maschinen für die Lehrzwecke zur Verfügung gestellt werden könne. Die Einwände der Unternehmer, daß die Berufsgenossenschaften bei der Beschäftigung Kriegsverletzter, die aus dem Heeresdienst entlassen, im Falle eines Unfalles nicht eintreten resp. gegen die Beschäftigung Einspruch erheben würden, sind nicht stichhaltig. Abgesehen davon, daß die Rechtslage noch nicht geklärt ist, hat aber der Hauptausschuß für diese im Betriebe beschäftigten Kriegsverletzten der Stuttgarter Versicherungsgesellschaft einen Vertrag abgeschlossen.

Vom Vertreter der Militärbehörde wurde erklärt, daß es selbstverständlich sei, daß der Kriegsverletzte, falls er im Betriebe verunglückt und falls er aus dem Heeresdienst noch nicht entlassen sei, Anspruch an die Militärbehörde habe.

Beschlüsse wurden hierzu nicht gefaßt, man will die Entwicklung der Dinge abwarten.

Den Kriegsverletzten kann nur immer wieder dringend geraten werden, sich nicht an private Vereinigungen zwecks Unterbringung zu wenden, sondern sich an die Organisation zu halten.

Berlin und Umgegend.

Hungerlöhne im „J. A.“-Verlag?

Zu unserer gestern unter dieser Ueberschrift gebrachten Notiz erhalten wir vom J. A.-Verlag folgende Richtigstellung:

Unwahr ist:

1. daß wir Handlungsgehilfinnen beschäftigen,
2. daß der Lohn 30—50 M. monatlich beträgt,
3. daß die Arbeitszeit von 8—5 Uhr dauert,
4. daß „fast täglich Ueberstunden verlangt werden, für die bis vor kurzer Zeit nichts bezahlt wurde“,
5. daß „alle diese Damen natürlich nicht von einem gewerkschaftlichen Arbeitsnachweis genommen“ wurden.

Wahr ist dagegen: Unter den von uns beschäftigten 24 Personen befinden sich 15 Hilfskräfte, darunter Lehrlinge bzw. Anfängerinnen ohne alle praktischen Vorkenntnisse, die zunächst mit mechanischen Bureauarbeiten beschäftigt werden. Diese (15—16 Jahre alt) erhalten im Probemonat 30 M., dann allmonatlich mindestens 5 M. Zulage, also nach vier Monaten nie weniger wie 50 M. Alle Versicherungsbeiträge zahlt der Verlag. Die Bezahlung des Hilfspersonals ist zurzeit: 3 erhalten je 35 M., 3 je 40 M., 5 je 50 M., 4 zwischen 80 und 150 M. monatlich, abgesehen von den vereinbarten weiteren Steigerungen.

Die Arbeitszeit beträgt genau 8 Stunden täglich, Sonnabends 6 Stunden. Ueberstunden sind in diesem ganzen Jahre nicht mehr wie insgesamt 10 pro Person gemacht worden. Mehr wie eine Ueberstunde am selben Tage oder solche ohne Bezahlung kommen nicht vor.

Hilfskräfte werden nur durch den zuständigen gewerkschaftlichen Nachweis oder, soweit dieser die erforderlichen Kräfte nicht zur Verfügung hat, durch den Zentralarbeitsnachweis, an dem die Gewerkschaften hervorragend beteiligt sind, bezogen und nötigenfalls veranlaßt, unverzüglich dem Verbandsbeizutreten. Personen, die vorher nicht erwerbstätig waren, können nicht schon die Verbandsmitgliedschaft mitbringen. Hilfsarbeiten werden nur in der Weise gerollt, wie das allgemein in Bureaubetrieben üblich. Die Expedition unserer Zeitschriften erfolgt durch die Druckerei. Nur Einzelbestellungen erledigen wir selber; wenn ihrer besonders viele waren, mit Hilfe junger Burken einer benachbarten Druckerei, die dafür in ihrer freien Zeit den dort üblichen Ueberstundenlohn verdienen.

p. J. A.-Verlag: A. Baumeister.

Wir haben unsere Zuschrift von einer Seite, die uns als zuverlässig und gewissenhaft bekannt ist. Der Einsender derselben wird ja nicht verfehlen, sich zu der „Richtigstellung“ des J. A.-Verlages zu äußern. Schon heute stellen wir aber fest, daß der Verlag selber zu Punkt 2 fünf Personen (unsere Zuschrift sprach von 12 derselben) eine Bezahlung von 85 bis 60 M. pro Monat feststellt. Das ist so bitter wenig, daß die Ausrede, es handle sich nicht um Handlungsgehilfinnen, sondern um Lehrlinge und Anfängerinnen, nicht verfangen will. Woher nimmt überhaupt der neuangeordnete Verlag der „J. A.“ das Recht der Lehrlings-„Ausbildung“, die er seiner Betriebsart nach gar nicht zu leisten vermag? Ist alle an dem Leiter der „J. A.“ vergütete gewerkschaftliche Aufklärungsarbeit in die Hände geblasen in dem Augenblick, wo er Gelegenheit hat, als Unternehmer aufzutreten? Es scheint so, sonst würde er sich geschämt haben, ohne äußeren Zwang auch noch mitzutellen, der Verlag beschäftige in ihrer freien Zeit auch noch die Verben einer benachbarten Druckerei, denen man dafür den im Hauptbetrieb üblichen Ueberstundenlohn zahle. Das Ueberstundenwesen wird bekanntlich von den Gewerkschaften an sich schon bekämpft; wieviel mehr die Tätigkeit nach Feierabend in fremden Betrieben. Sollte es etwa Herrn Baumeister so ganz unbekannt sein, in welcher Weise sich zum Beispiel die Gastwirtschaften gegen die Tätigkeit berufsfremder Elemente im Gastwirtsgerwerb verwahren, die nach Feierabend im eigenen Beruf noch serviettenstreichend den gelehrten Kellnern das Brot verkümmern?

Die Arbeitsverhältnisse der Militärattler.

In einer am Mittwoch abgehaltenen Brandenburger Versammlung der Militärattler führte Riedel aus: Im Mai setzte eine erhebliche Arbeitslosigkeit ein, die zum großen Teil darauf zurückzuführen wurde, daß Geschirre in den eigenen Werkstätten der Truppe nicht angefertigt wurden. Die Arbeitslosigkeit erstreckte sich aber nicht auf alle Betriebe in gleicher Weise. Während die einen so wenig zu tun hatten, daß sie Arbeiter entlassen mußten, waren andere so stark beschäftigt, daß regelmäßig Ueberstunden gemacht wurden. Mit Rücksicht auf diese Verhältnisse vereinbarte der Sattlerverband mit den Unternehmerorganisationen, daß die tarifliche Arbeitszeit von 88 Stunden in der Woche nicht überschritten werden dürfe. Dadurch sollte den Arbeitslosen Gelegenheit gegeben werden, in den voll beschäftigten Betrieben, die nun keine Ueberstunden mehr machen durften, Arbeit zu finden. Gleichzeitig richteten die beiderseitigen Organisationen eine gemeinsame Eingabe an das Kriegsministerium, welches erlucht wurde, die Arbeiten in den Werkstätten der Truppe möglichst einzuführen und die Vergütung der Arbeiten an Privatunternehmer gleichmäßig zu regeln. Das erstere ist inzwischen berücksichtigt worden. Infolgedessen hat die Arbeitslosigkeit nachgelassen. Die Betriebe sind für zwei bis drei Monate ausreichend beschäftigt. Wegen gleichmäßiger Vergütung der Aufträge wird das Kriegsministerium nächstens eine Konferenz mit den Vertretern der Unternehmer abhalten.

Die Konjunktur ist jetzt derart, daß die unbedingte Verteilung der Ueberstunden nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Doch sollen auch jetzt noch die Ueberstunden vermieden werden, solange der Arbeitsnachweis in der Lage ist, den betreffenden Unternehmern geeignete Arbeitskräfte zu überweisen. Es kommt nämlich vor, daß in einem Betriebe Arbeiter entlassen werden, die in einem anderen Betriebe, der Ueberstunden verlangt, untergebracht werden können. Um das zu ermöglichen, sollen sich die Arbeiter, von denen Ueberstunden verlangt werden, immer erst an die Ortsverwaltung wenden, die darüber befinden wird, ob Ueberstunden gemacht werden dürfen oder ob sie durch Zumeisung geeigneter Arbeitskräfte vermieden werden können. — Die Versammlung erklärte sich mit dieser Regelung der Ueberstundenarbeit einverstanden.

Ueber einen Antrag auf Gewährung von Teuerungszulagen machte Riedel aus Verlangen aus der Versammlung folgende Mitteilung: Eine Mitgliederversammlung hat den Zentralvorstand erlucht, beim Kriegsministerium dahin vorstellig zu werden, daß es der wegen Regelung der Arbeitsvergebung zu veranstaltenden Unternehmerkonferenz den Antrag auf Bewilligung einer Teuerungszu-

zulage von 20 Prozent an die Militärattler Berlins unterbreite. Das hat der Zentralvorstand abgelehnt. Er hält den vorgezeichneten Weg für ungangbar, weil man im Rahmen des Reichstarifs nicht eine Ausnahme für einen einzelnen Ort machen und sich nicht durch Vermittlung des Kriegsministeriums an die Unternehmer wenden kann. Der Zentralvorstand hat deshalb direkt an die Unternehmerorganisationen den Antrag gestellt, eine Teuerungszulage für das ganze Reich zu bewilligen. Mit diesem Antrage wird sich voraussichtlich die am Dienstag zusammentretende Unternehmerkonferenz beschäftigen.

Ausland.

Streifenbahn- und Hochbahnangestellten Streik in New York.

Die Führer der Gewerkschaften erklärten einen Streik der Angestellten der Untergrundbahn, der Hochbahn und der grünen Straßenbahn der Stadt New York. Sie werfen den Gesellschaften vor, daß diese den kürzlich geschlossenen Vertrag nicht eingehalten hätten. Die Gesellschaften haben Tausende von Streikbrechern eingestellt, so daß sich der Verkehr normal abspielt. Die Ausständigen hoffen, den Streik auf alle Linien des New Yorker Bezirks ausdehnen zu können.

Aus Industrie und Handel.

Die Welsternte.

Dem „Economist“ vom 26. August zufolge hat jetzt das Internationale Landwirtschaftliche Institut (Rom) seine auf Regierungsnachrichten beruhenden Schätzungen der Ernte für 1916 veröffentlicht.

Weizen: In Kanada wird auf 61 792 000 Zentner, das heißt 40 Proz. weniger als 1915, aber immer noch 11 Proz. mehr als der Durchschnitt der Jahre 1910—13 gerechnet. In den Vereinigten Staaten rechnet man nur auf 125 833 000 Zentner Winter- und 54 160 000 Zentner Sommerweizen, was Abnahmen von 31 und 44 Proz. bedeutet. Die Winterweizenernte bleibt dabei 3 Proz. über dem Fünfjahresdurchschnitt, die Sommerweizenernte 19 Proz. darunter. Die aus Italien, Spanien, Japan, Tunis und der Schweiz vorliegenden Zahlen machen zusammen 429 655 000 Zentner, das heißt 25 Proz. weniger als voriges Jahr, aber etwa den Durchschnitt aus.

Roggen: Kanada erwartet 768 000 Zentner, das heißt 26 Proz. mehr als 1915 und 38 Proz. mehr als den Durchschnitt der Jahre vorher. Die Vereinigten Staaten erwarten nur 10 643 000 Zentner oder 15 Proz. weniger als voriges Jahr, wenn auch 25 Proz. über dem früheren Fünfjahresdurchschnitt. Rechnet man zu beiden Ernten die schon bekannten Zahlen von Spanien, Italien und der Schweiz hinzu, so ist das Gesamtergebnis mit 21 346 000 Zentnern gleich dem von 1915 und 17 Proz. größer als der frühere Fünfjahresdurchschnitt.

Die Getreenernte scheint geringer als die vorjährige, aber eine Durchschnittsernte zu werden. In Kanada liegt die Schätzung mit 8 866 000 Zentnern 24 Proz. unter der Ernte von 1915 und 5 Proz. unter dem Durchschnitt, in den Vereinigten Staaten mit 42 455 000 Zentnern 24 Proz. unter der Ernte von 1915, aber 7 Proz. über dem Durchschnitt. Unter Hinzufügung der Zahlen Japans, Spaniens, der Schweiz und von Tunis ergeben sich 95 462 000 Zentner oder 12 Proz. weniger als 1915, aber 5 Proz. mehr als der Durchschnitt.

Mit der Haferernte sieht es ähnlich. Kanada liefert mit 62 936 000 Zentner nur 78 Proz. seiner vorjährigen Ernte, übertrifft aber den Durchschnitt um 25 Proz. Die Vereinigten Staaten liefern mit 184 921 000 Zentnern nur 86 Proz. der vorjährigen, aber 13 Proz. über den Durchschnitt. Mit den Haferernten von Spanien, Italien, Tunis und der Schweiz zusammen ergeben sich 258 416 000 Zentner oder 82 Proz. der vorjährigen Ernte, wenn auch 15 Proz. mehr als der Durchschnitt.

Schwedisches Ausfuhrverbot für Schuhwerk und Häute.

Stockholm, 6. September. (B. Z. V.) Die Regierung verbietet die Ausfuhr von Schuhwerk aller Art, die bisher nicht verboten war, ferner die Ausfuhr getrockneter Häute und von Elentierfellen.

Kriegsgewinne.

Die Deutsche Seefisch-Handels-A.G. in Hamburg wird für 1915/16 eine Dividende von 20 Proz. gegen 12 Proz. im Vorjahr, in Vorschlag bringen.

Der Aufsichtsrat der Hartwerke Franz Rasquin, Aktiengesellschaft, in Köln beschloß, für 1915/16 10 Proz. Dividende gegen 6 Proz. im Vorjahr zu verteilen.

Slawonisches Eichenholz.

Das Forstwirtschaftsamt der Broder Vermögensgemeinde in Vinkovce (Slawonien) beschäftigt 52 000 Kubikmeter Eichenholz für einen Schätzungswert von etwa 2,7 Millionen Kronen zu verkaufen. Die zum Verkauf gestellten Waldflächen enthalten erhebliche Mengen von Waggon Föhler.

Arbeiter-Kabfahrer-Bund „Solidarität“, Mitgliedschaft Berlin und Umgegend. Sonntag, den 10. September: Tour nach dem Rossinlee. Abfahrt Oberthier Bahnhofs 6.40 bis Zenthen. Der Weg führt über Schmöditz nach dem See.

Allgemeine Familienvereine. Sonntag, den 10. September: Zahl- und Aufnahmefest von 3—6 Uhr im Restaurant Gerichstr. 12/13, am Sonnabend, den 16. September, in Wildau (Wildauer Hof) von 4—5½ Uhr.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter zu Hamburg (B. a. G.), Filiale Baumkühlenweg. Den in Treptow wohnenden Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Sonnabend, den 9. September, abends von 8½—10 Uhr, im Lokal von Borch, Wiesenstr. 101 (Ecke Kiehlstraße) kassiert wird.

Eingegangene Druckchriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 23. Heft vom 2. Band des 24. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Griechenland. Von Georg Engelbert Graf. — Ungarische Sozialdemokraten und Radikale über Mitteleuropa. Von E. Varga. — Der sozialdemokratische Wahltag in Finnland. Von mm. — Literarische Rundschau: Dr. A. Zimmermann, Die Kolonialreiche der Großmächte 1871 bis 1916. Von Sp. — Anzeigen: Wilhelm Stell, R. d. K., Die ersten Kriegsteuern und die Sozialdemokratie.

Die fühne Fahrt der „Deutschland“. Auf Grund authentischer Materials und Mitteilungen eines Teilnehmers von A. Bremer. 50 Pf. — A. Siegmund, Berlin W. 57.

Was ist Welt und Wissen? Alle Leser erhalten kostenlos Probeheft.

Samtlichen Lesern, welche „Welt und Wissen“ noch nicht gelesen, bietet sich hier Gelegenheit, diese reich illustrierte Wochenchrift kennen zu lernen. Dieselbe bringt gemeinverständliche Abhandlungen aus allen Wissensgebieten. Die Ausstattung ist eine erstklassige. Die Mitarbeiter sind bekannte Fachleute. Jedes Heft enthält ca. 20 Artikel, z. B.: Der Mensch in der Weltgeschichte. — Wenn die Erde erlischt. — Wie erhalte ich mich jung. — Der Wille und dessen Gymnastik. — Das Leben unter Wasser. — Fernphotographie. — Liebe und Ehe bei den Naturvölkern. — Der Mensch und die Geisteswelt. — Rühmige Luft. — Einfluß der Lebensweise auf das Menschenalter. — Verschwendung des Lebens in der Sahara. — Eine Fahrt im Unterseeboot. — Unser Sonnensystem usw.

Kargerem erhält jeder Abonnent auf „Welt und Wissen“ eine große Hausbibliothek gratis und zwar zu jedem Jahrgang drei Werke. Damit alle Leser darauf abonnieren können, haben wir den Preis auf nur 20 Pf. für ein 24 Seiten hartes illustriertes Heft festgesetzt.

„Welt und Wissen“
für ein Gratis-Probheft.
An den Verlag „Welt und Wissen“
Berlin-Schöneberg, Am Park 11.
Ich bestelle hiermit ein Probeheft kostenlos
zugefleht.
Name: _____
Ort u. Str.: _____

Bestantw. Redakt.: Alfred Dielepp, Reutöln. In- und Auslandteil bezantw. Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Diergu 1 Beilage u. Unterhaltungsbl.

Chronik des Weltkrieges.

8. September 1914.

Westlicher Kriegsschauplatz: Maubeuge hat kapituliert. 40 000 Gefangene, darunter 4 Generale, 400 Geschütze und zahlreiche Kriegsgeschütze wurden erbeutet.

Ostlicher Kriegsschauplatz: Schlesische Landwehr machte nach siegreichem Gefecht 1000 Mann vom russischen Gardekorps und 3. kausassischen Korps zu Gefangenen.

Samoa wurde nach nunmehr eingetroffenen Meldungen am 29. August von den Engländern ohne Kampf besetzt.

8. September 1915.

Westlicher Kriegsschauplatz: Eine Anzahl englischer Schiffe beschloß Westende und Ostende. Vor dem Feuer der deutschen Küstenbatterien zogen sie sich wieder zurück. Militärischer Schaden wurde nicht angerichtet.

Ostlicher Kriegsschauplatz: Die verschiedenen deutschen Truppenkörper machten weitere Fortschritte. 3800 Gefangene wurden gemacht. Die österreichische Armee erklärte die feindliche Stellung nordwestlich von Szuparka, wobei 4400 Mann gefangen wurden.

Auf dem italienischen Kriegsschauplatz ist die Lage unverändert.

Der Jar hat den Oberbefehl über alle Streitkräfte zu Lande und zu Wasser übernommen. Der bisherige Generalissimus Großfürst Nikolaus Nikolajewitsch wurde zum Oberbefehlshaber der Kaukasusarmee ernannt.

Kriegsheze und ihre Abwehr in der Schweiz.

Seit einigen Wochen hatte die Rohstoffversorgung der Schweiz schwer darunter zu leiden, daß zwischen den Großmächten und der Schweiz Unstimmigkeiten wegen der Durchföhrung und Rohstofflieferungen entstanden waren. Frankreich und England lassen bekanntlich Lebensmittel und Rohstoffe, die die Schweiz über See einkaufte, nur unter der Bedingung an die Schweiz gelangen, daß diese davon nichts an Deutschland weiter gibt. Um das zu kontrollieren, wurde in der Schweiz ein besonderes Organ, die S. S. S. eingerichtet. Die Beziehungen zu Deutschland waren gleichzeitig dahin geregelt, daß dieses Kohlen und Eisen ohne Bedingung, aber andere Waren nur gegen die Verpflichtung an die Schweiz liefert, ihm ungefähr gleichviel Waren, die es brauchen kann, zuzuföhren zu lassen. In letzter Zeit kam es nun zwischen den beiden Staaten zu Unstimmigkeiten. Trotzdem haben, wie eine amtliche Mitteilung vom 2. September aus Bern besagt, die deutsch-schweizerischen Verhandlungen einen guten Verlauf genommen, und es sieht zu erwarten, daß „alle Schwierigkeiten der letzten Zeit eine die beiderseitigen Interessen befriedigende Lösung finden werden“.

Während so an der Beseitigung der entstandenen Schwierigkeiten durch friedliche Verständigung gearbeitet wird, ist es in der Schweiz zu einer neuen „Obersten-Affäre“ gekommen, deren Entstehung und Verlauf große Schlaglichter auf die Zusammenhänge zwischen Militarismus und Volkswirtschaft. Am 23. August erschien in der „Solothurner Zeitung“, deren reaktionärer Charakter sich in der letzten Zeit noch verstärkt hat, unter dem Titel „Der Gang nach Canossa“ ein sensationeller, kriegshezerischer Artikel, in dem die „schwächliche, unwürdige“ Haltung der Schweiz während des Weltkrieges gegenüber dem Ausland einer heftigen Kritik unterzogen wurde. Die Tendenz dieses Artikels wird durch folgenden Passus gekennzeichnet:

„Welchen Eindruck hätte es auf jeden uns umgebenden Staat machen müssen, wenn der Bundesrat mit starker Hand, gestützt auf die sofort mobilisierte Armee, mit beiden Mächtegruppen verhandelt hätte! So hätten unsere Vorfahren gehandelt und ihr Ziel erreicht. So hätte Holland den Mut zu handeln und erreicht sein Ziel. Wir aber unterscheiden uns nicht von Griechenland und werden einst den Spott der Weltgeschichte erleiden müssen als kleinliches und schwaches Geschlecht.“

Dieser von Dr. E. Vi. gezeichnete Artikel fand zunächst nur geringe Beachtung. Allgemeines Aufsehen erregte er erst, als einer der höchsten Offiziere der Schweiz, der Divisionskommandeur Oberst de Loys, folgenden Brief an die „Solothurner Zeitung“ richtete:

„In der Nr. 195 vom 23. August der „Soloth. Zeitung“ lese ich den Artikel „Der Gang nach Canossa“ von E. V. Endlich einer, der es wagt, das zu schreiben, was so viele denken: In tiefer Bewegung spreche ich dem Verfasser meinen Dank aus. Wozu eine Armee haben, wozu Truppen aufbilden, wenn man doch vor dem Auslande immer wie ein Feigling sich duckt? Kein Ehrgefühl mehr, kein Nationalstolz? Nichts mehr als die Bitterkeit, die in jedem rechten Herzen aufquillt angesichts des erschreckenden Verfalls. Seid gewiß, Ihr, die Ihr auf uns abblät, daß die ganze Division zur Stelle ist, sobald sie gerufen wird, und daß mein Gefühl dasjenige der Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten ist, die zu kommandieren ich die Ehre habe.“

Der Kommandant der II. Division: Loys.“ Diese herausfordernde Rundgebung des Obersten de Loys rief selbstverständlich außerordentliche Erregung im ganzen Lande hervor. Die sozialdemokratische Presse forderte sofortige energische Maßnahmen gegen die Kriegsheze der Säbelträger. Das „Zürcher Volkrecht“ schrieb:

„Schon längst haben wir auf die Gefahr hingewiesen, die unserm Lande nicht von außen, wohl aber von denen droht, die sich nach einem Kriege sehnen: Neben einer Anzahl Säbelträger, deren stete Lobung im Kriegeshandwerk sie zu Freunden des Krieges macht, auch jene, die sich aus einem Kriege Profite verprechen. Man hat uns ausgelacht, hat die sozialdemokratische Presse verhöhnt.“

Es gab gar keine Kriegshezer in unserem Lande. Nun, heute wird die Gefahr, die uns von dieser Seite droht, niemand mehr bestreiten. Sie ist da und ist größer, als wir selbst je geglaubt hatten.

Der Friede, das einzige, was uns in dieser sonst so furchtbaren schweren Zeit noch behauptet geblieben, ist in Gefahr! Gefährdet nicht von außen, sondern durch einflussreiche Anhänger des Krieges im Lande selbst!

Wie können wir der Gefahr begegnen? Nur durch eine spontane Willenskundgebung des ganzen friedliebenden Volkes unseres Landes, die darin ihre praktische Auswirkung finden muß, daß dem Manne, der derzeit gewissenlos und frivol den Frieden des Landes gefährdet, der Säbel, mit dem er raffelt und zum Kriege hegt, aus der Hand geschlagen wird, daß er aus der Liste der aktiven Offiziere entfernt und unschädlich gemacht wird.“

Es waren diesmal nicht nur Sozialdemokraten, die gegen die Kriegshezer protestierten. Auch der freisinnige Nationalrat Adrian von Arg erhob in der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 29. August seine Stimme gegen die Gefahr, die dem Frieden der Schweiz von innen her droht:

„Die gestern — schrieb er — dachte niemand an den Krieg. Aber heute ist es unmöglich geworden, sich zu täuschen: es gibt in der Schweiz Leute, es bildet sich eine Partei, die auf den Krieg ausgehen. Und diese Partei hat Vertreter in der Armee. Wenn sie Meister wären, hätten wir heute schon den Krieg. Das will heißen, daß unsere Jugend auf die Schlachtbank geführt, unsere Städte zerstört, unser Land zerrütet, unsere Nation zerstört werden. Die, die das nicht wollen, schilt man Feiglinge. Der Bundesrat, das Parlament, das den Krieg nicht beschließen wird, sind Feiglinge. Führer der Armee sprechen es aus. Wenn diese Leute Meister werden, so werden wir morgen den Krieg haben. Es genügt, daß sie einen Augenblick Meister seien, um den Krieg zu haben. Ja, wohl sind heute alle Schweizer treue und Mannesmut verbunden. Aber das nächste, was wir mit diesen Tugenden anfangen, muß darin bestehen, daß wir die Feigler unter uns, die das Schweizervolk in den Krieg stürzen möchten, unschädlich machen, so rasch und so gründlich als möglich.“

Dieser temperamentvolle Protest, der im Grunde dasselbe sagt und dasselbe fordert, wie die sonst der Hebertreibung bezichtigten Sozialdemokraten, blieb natürlich in der bürgerlichen Presse nicht ohne Widerspruch. Es hieß, Herr von Arg sehe „Weipenster“, es schade gar nichts, daß die Schweiz durch den Mund ihrer Militärs endlich besunde, daß sie „auch noch da sei“ und gegebenenfalls den Willen habe, die Existenzbedingungen des Landes mit den Waffen in der Hand zu verteidigen. Der offizielle Berner „Bund“ tat noch ein übriges, indem er in einem Artikel vom 30. August in heftigen persönlichen Angriffen gegen den Genossen Grimm und den Nationalrat Arg sich erging und andererseits die Kundgebungen der „Solothurner Ztg.“ als harmlos darzustellen suchte. Wie töricht ein solches Verfahren ist, ergibt sich schon aus der Tatsache, daß der Verfasser des ersten Artikels „Der Gang nach Canossa“, Dr. E. Vi., kein Geringerer ist als der Generalstabmajor Vircher, also zu der Gruppe jener einflussreichen Militärs gehört, die, trotz des demokratischen Charakters der schweizerischen Verfassung, wenn auch in beschränktem Maße, in der Lage sind, nicht nur unter ihren Untergebenen ihre eigene „Propaganda“ zu treiben, sondern auch der Politik der Regierung öffentlich Opposition zu machen und sie auf die Bahn kriegerischer Konflikte zu drängen.

Auch die jegige „Obersten-Affäre“ wird natürlich ihr Nachspiel haben, bei der die Vertreter der Sozialdemokratie ihr deutsches Wort mit den Hintermännern und Verantwortern der kriegshezerischen Militärs sprechen werden. Und daß sie hierbei auch die Sympathien eines Teils des Bürgertums auf ihrer Seite haben werden, beweist die erfreuliche Rundgebung des Nationalrats Arg, aus der sich eine zunehmende Einsicht in das Wesen auch des demokratischen Militarismus ergibt.

Zur Heze gegen den Genossen Grimm.

Nach einem Bericht in der „Humanität“ über den französischen Nationalkongreß soll Renaudel behauptet haben, Genosse Grimm hätte, als er leinertlich in Paris war, um die französischen Genossen zu veranlassen, auf eine Erleichterung der Lebensmittelzuföhrung nach der Schweiz zu wirken, erklärt, „man müsse es so richten, daß gegebenenfalls die Schweiz an der Seite der Entente in den Krieg zu treten hätte“.

Auf diese Verleumdung erklärte Genosse Grimm in der „Berner Tagwacht“, daß er im Februar 1915 allerdings Pariser Sozialdemokraten erklärt habe, „daß in bürgerlichen Kreisen der Schweiz die Meinung bestehe, die Schweiz müßte sich im Ernstfalle gegen die wenden, die ihr die wirtschaftliche Existenz unterbinden, was also praktisch bedeuten würde, daß die Schweiz in diesem Falle an der Seite der Zentralmächte marschiere, woran sicher Frankreich kein Interesse habe. Welche Folgerungen aus dieser Bemerkung über die Stimmung in gewissen bürgerlichen Kreisen der Schweiz gezogen würden, sei ihm nicht bekannt.“

Obwohl aus dieser Erklärung hervorgeht, daß Genosse Grimm in Paris nur eine Tatsache festgestellt hat, und zwar gerade in diesem Falle nichts weniger als zum Schaden des eigenen Landes, gehen die bürgerlichen Blätter, selbündert vom „Grünländer“, fortgesetzt mit dem angeblichen „Verrat“ des Genossen Grimm treiben. Auch die verleumderische Behauptung Renaudels muß trotz ihrer Wiederlegung noch immer herhalten, um die Version Grimms herabzusetzen, obwohl gerade die neueste Schweizer „Obersten-Affäre“ schlagend beweist, wie sehr Grimm mit seiner Warnung vor den bürgerlichen Kriegstreibern im Recht gewesen ist.

Politische Uebersicht.

Zusammentritt des Reichstags.

Die nächste Sitzung des Reichstags findet am 28. September statt. Ueber die Tagesordnung für diese erste Sitzung ist eine Entscheidung noch nicht getroffen.

Die sozialdemokratische Reichskonferenz

wird am 21. September in Berlin zusammentreten.

Aus dem Bureau des Parteivorstandes wird dem Pressebureau geschrieben: „In der Presse wird ein Artikel des „Vorwärts“ zitiert, in dem sich der Genosse Konrad Haenisch mit der Frage der Kriegsziele beschäftigt. In einigen Zeitungen, so u. a. im „Berliner Tageblatt“, wurde die Zwischenbemerkung gemacht, „ob Herr Haenisch das Recht hat, im Namen der Mehrheit seiner Partei zu sprechen, ist unbekannt.“

Es ist selbstverständlich, daß kein Parteigenosse ohne besonderen Auftrag Vollmacht hat, im Namen der Partei oder der Parteilichkeit Erklärungen abzugeben. Ueber die Kriegsziele der Partei haben der Parteiausschuß und die Reichstagsfraktion klar und deutlich ihre Stellungnahme bekundet. Mit den Beschlüssen dieser beiden Körperschaften deckt sich auch die Position des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei.“

Ein dritter Kriegswinter.

Die Besprechungen der Parteiföhrer mit dem Reichskanzler waren streng vertraulich, nur die einzelnen Materien, die im Mittelpunkt der Unterhaltung standen, sind in der Öffentlichkeit genannt worden. Etwas deutlicher wird die „Germania“, die sich vermutlich auf Informationen stützt, die sie von einem Teilnehmer an der Konferenz erhalten hat. Das Zentrumsbblatt schreibt:

„So ernst und hart die Notwendigkeit eines dritten Kriegswinters an und für sich ist — übrigens nicht bloß für

uns, sondern ebenso sehr und vielleicht noch mehr für unsere Feinde — so können wir doch mit Zuversicht und Vertrauen der weiteren Entwicklung entgegensehen. Das beweist die Tatsache, daß von einer Erweiterung der Landsturmpflicht abgesehen wird, mithin unter Mannschaftenersatz den Erfordernissen genügt. Es ist hinlänglich bekannt und in der Presse des öfteren dargelegt worden, daß unsere deutsche Industrie allen Anforderungen der Kriegswirtschaft gerecht zu werden vermag. Das gilt sowohl für die Munitionsherstellung wie auch für die Rohstoffe. Es sei nur darauf hingewiesen, daß die Stiefstoffherzeugung in steigendem Maße und mit bestem Erfolg gefördert wird. Die Anpassung der deutschen Arbeit, insbesondere der Frauenwelt, an die industriellen Bedürfnisse des Krieges ist des öfteren rühmend hervorgehoben. Die Voransetzung für eine weitere günstige Entwicklung unserer militärischen Lage ist damit gegeben. Das gleiche Vertrauen können wir haben in unsere Wirtschaftslage. Aus den Veröffentlichungen des R. E. A. geht hervor, daß, wenn wir auch keine Reservernte in diesem Jahre haben, so doch die diesjährige Ernte um so viel besser ist, wie die vorjährige, daß die Lebensmittelversorgung bei zweckmäßiger Organisation und Verteilung sichergestellt ist. Dabei darf man sich allerdings nicht verhehlen, daß zur Ertragung der Einschränkungen unserer Lebenshaltung, besonders für die unteren Volksklassen, ein großer Startmut und Opferbereitschaft des Volkes gehört. Die Erkenntnisse vom Wesen dieses Krieges, der nichts anderes erstreckt als die Niederkämpfung Deutschlands, wird und muß in unserem Volke die opferbereite Stimmung fördern und erhalten.“

Gewerkschaften und Burgfrieden.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht die „Berliner Neuesten Nachrichten“ einen Artikel, der an Vorgänge anknüpft, die sich auf dem Kölner Kongreß für Kriegsbeschädigtenfürsorge abgepielt haben. Sowohl die freien Gewerkschaften, als auch die christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsverbände haben dort zum Ausdruck gebracht, daß sie bei der Fürsorgetätigkeit für die Kriegsbeschädigten und ihre Wiedereinordnung in das nationale Wirtschaftsleben nach besten Kräften mitwirken wollen. Daran knüpft das genannte Blatt die folgende Bemerkung:

„Daß es sich jedenfalls hier nicht allein um das selbstlose Bestreben handelt, zugunsten der Kriegsbeschädigten tätig zu sein, zeigt der verdächtige Eifer, mit dem die Gewerkschaftsföhrer gleichzeitig bemüht sind, die nicht den Klassenkampfgewerkschaften angehörenden Arbeitervereinigungen, also in erster Linie die wirtschaftsfriedlichen Werkvereine, und auch die katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) von der Betätigung in der Kriegsbeschädigtenfürsorge auszuschließen.“

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ erblicken in der Stellungnahme der Gewerkschaften eine Störung des Burgfriedens und erwarten von der Regierung, daß sie dem Ausschluß der wirtschaftsfriedlichen Richtung in keinem Falle ihre Zustimmung geben möge. Sonst hätte man die seltsame Tatsache zu verzeichnen, daß die Reichsleitung zwar die Begriffe „national“ und „antinational“ bei den Parteien nicht mehr kennen wolle, daß aber die Sozialdemokratie sich vorbehalten dürfe, vaterländisch gesinnte Arbeiter auszuschließen von gemeinsamer nationaler Arbeit.

Man wird bei einem Blatt vom Schlage der „Berl. Neuesten Nachrichten“ natürlich nicht voraussetzen können, daß es begreift, wie ganz unmöglich es einer wirklichen Gewerkschaft ist, mit Leuten zusammen zu arbeiten, deren Bestreben gegen die Gewerkschaft gerichtet ist. Deshalb erlirbt sich auch ein weiteres Eingehen auf die Wünsche, die das Blatt der Regierung unterbreitet.

Mißlungene Verteidigung.

In einer Erörterung der Antwort, die der Reichskanzler den Gewerkschaften auf ihre Eingabe, die Herabsetzung der Lebensmittelpreise betreffend, gegeben hat, hat die „Post“ den Standpunkt vertreten, daß eine Herabsetzung der Preise für Lebensmittel nicht unter allen Umständen angebracht sei. Vor allen Dingen deshalb nicht, weil damit die Gefahr einer Minderung der Erzeugung einreten könne, deshalb sollte man es sich sehr überlegen, ob man einseitig eine Preispolitik auf Kosten der Erzeugung treiben dürfe.

Damit hat die „Post“ ganz unzweifelhaft zu erkennen gegeben, daß sie mit der geforderten Herabsetzung der Preise für Lebensmittel nicht einverstanden ist. Die herbe, aber sehr berechnete Kritik, die an diesem Standpunkt geübt wurde, hat die „Post“ nun veranlaßt den Versuch zu machen, sich herauszuwinden; ein Versuch, der als gänzlich mißlungen bezeichnen werden muß. Um so mehr, als das Unternehmerblatt nunmehr feststellen zu können glaubt, daß insbesondere die starke Nachfrage zu den Preisrückführungen Anlaß gegeben habe. Den wohlhabenden Schichten allein werde man aber die Verstärkung der Nachfrage nicht in die Schuhe schieben können. Die sehr reichlichen Einkünfte des größten Teils der Arbeiterschaft ließen vielmehr den Schluß zu, daß gerade diese Kreise sich außerordentlich stark an der Verstärkung der Nachfrage beteiligt haben, zumal man ja wisse, wie ungleich reichlicher der Trieb zum Sparen und zum weisen Haushalten in den besserbemittelten Schichten vertreten ist, als in der Arbeiterschaft.

Es ist ein Rätsel, wie die „Post“ angesichts dieser Unterstellungen noch behaupten kann, daß sie hohen Preisen nicht das Wort geredet habe. Mit den reichlichen Einkünften der Arbeiterschaft ist es eine eigene Sache. Es ist natürlich richtig, daß die Arbeiter der Rüstungsindustrie heute höhere Löhne beziehen als vor dem Krieg. Die Steigerung der Löhne steht aber in gar keinem Verhältnis zu der weit höheren Teuerung, die die Lebensmittel erfahren haben. Nicht alle Arbeiter, und auch nicht der größte Teil der Arbeiterschaft, sind aber in der Rüstungsindustrie tätig, und in den anderen Industrien sind die Lohnaufbesserungen teilweise nur ganz minimal, zum Teil überhaupt nicht eingetreten, ganz abgesehen von jenen Industrien, die wegen Mangel an Rohmaterial, wie z. B. die Textilindustrie, stillgelegt worden sind.

Aus der Partei.

Zu den Parteikonferenzen in Teltow-Weeslow.

Vom Vorstand des Kreises Teltow-Weeslow erhalten wir folgende Zuschrift:

Die seit einiger Zeit in den bürgerlichen Blättern kursierenden Mitteilungen, daß der frühere Kreisföhrer von Teltow-Weeslow, Genosse Hagels, 20 Disziplinierter aus Herausgabe des Materials und Rechnungslegung verklagt hat, entspricht den Tatsachen. Der Teltow-Weeslower Streit ist damit aus dem Rahmen der Partei heraus genommen und den bürgerlichen Gerichten zur Entscheidung überlassen worden. Ein Robum in der Geschichte der deutschen sozialdemokratischen Partei! — Es scheint dem früheren Kreisvorstand auf eine Absonderlichkeit mehr oder weniger nicht mehr anzukommen. Ein Termin gegen den Genossen J. Charlottenburg mit gleichem Klagebegehren ist bereits wegen sachlicher Unzuständigkeit des Gerichts aufgehoben worden. Aber auch sonst muß aus der

Klagebegründung gegen die Zwanzig schon heute verschiedenes kritisch beleuchtet werden. In der Begründung der Klage finden sich folgende Sätze:

Der Vorstand des Zentral-Wahlvereins hat den Kläger zum Hauptkassierer bestellt und es ihm überlassen, zwecks Führung der Kassengeschäfte in den einzelnen Wahlvereinen des Wahlkreises in den betreffenden Orten von sich aus Unterkassierer zu bestellen und dieselben mit dem erforderlichen Material an zum Vertrieb bestimmten Beitragsmarken, Wählern und Broschüren zu versehen. Auf Grund dieser seiner Bestellung zum Hauptkassierer hat sodann der Kläger die im Klagenrubrum als Beklagte aufgeführten Personen als Unterkassierer für die betreffenden Wahlvereine bestellt.

Erst jetzt, nachdem im Laufe des Jahres 1916 der bekannte Konflikt in den Wahlkreisorganisationen der sozialdemokratischen Partei zum Austrag gelangt und in einer Reihe von Versammlungen auch des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Storow-Charlottenburg das System der sogenannten Beitragsperre gegenüber der jetzigen Parteileitung vertreten worden war, haben die Beklagten sich geweigert, dem Kläger die vorchriftsmäßige Verwaltungsabrechnung für das vom 1. April bis 30. Juni 1916 laufende Verwaltungsquartal zu erteilen.

Der Klageantrag zu 2 stützt sich auf § 254 Z.O.D.; der Anspruch des Klägers auf Herausgabe des gesamten in den Händen der Beklagten befindlichen Verbandsmaterials an Beitragsmarken, Wählern, Broschüren und den für die Geschäftsführung bestimmten Wählern in letzter Reihe auf die §§ 623 und 628 Z.O.D., inwieweit deren die Kündigung des Dienstverhältnisses dem Dienstberechtigten aus wichtigen Gründen jederzeit gestattet ist.

Zu dieser Begründung ist zu bemerken: Es entspricht nicht den Tatsachen, daß es dem Kreiskassierer überlassen ist, an den einzelnen Orten zwecks Beitragskassierung und Vertrieb von Wählern und Broschüren von sich aus Unterkassierer zu bestellen, sondern jedermann weiß, daß die Ortswahlvereine in ihren Generalversammlungen den örtlichen Vorstand wählen, unter dem sich auch der Ortskassierer befindet. Mit diesem von den Mitgliedern gewählten Ortskassierer rechnet dann der Kreiskassierer volens ab. Im übrigen ist im Kreisstatut ausdrücklich vorgesehen, daß der Zentralvorstand des Kreises, nicht der Kreiskassierer für sich, das Recht hat, die Klagen und Belege der Ortsvereine zu prüfen und eventuell einen Ortskassierer seines Amtes zu entheben — aber nur unter Zustimmung des Ortsvorstandes.

Es entspricht auch nicht den Tatsachen, daß die Abrechnung von den Ortskassierern verweigert wurde, weil in einzelnen Ortswahlvereinen das System der Beitragsperre gegen die jetzige Parteileitung vertreten worden war, sondern die Ortskassierer haben nicht abgerechnet, weil in der Kreisgeneralversammlung vom 18. Juni 1916 der frühere Kreisvorstand und mit ihm naturgemäß auch der Kreiskassierer Pagels seines Amtes enthoben worden ist. Demgemäß sind auch die in der Begründung angezogenen Mahnrückläufe vom 11. und 18. Juli hinfällig, da es zu dieser Zeit einen „Kreiskassierer“ Pagels nicht mehr gab.

Wie man weiter bei der ehrenamtlichen Tätigkeit der Ortskassierer von einem Dienstverhältnis und einer Aufständigung dieses Dienstverhältnisses seitens des Kreiskassierers sprechen kann, erscheint ebenfalls rätselhaft.

Alles in allem eine Aktion, die sich würdig den früheren Leistungen des ehemaligen Kreisvorstandes anschließt. Die Beteiligten werden mit etwas Ironie und einigem Mitleid mit diesen wahren Vertretern der Demokratie — den Besten und Würdigsten des Kreises — auch über diese Situation hinwegkommen.

Homo in Zimmerwalder Beleuchtung.

Vor einigen Tagen beschäftigten wir uns mit dem Angriff des Schweizer Korrespondenten der „Humanität“, Homo, gegen unseren Artikel über den französischen Nationalrat. Heute finden wir im „Populaire du Centre“ eine Notiz des Genossen Dridzo, Redakteur des in Paris erscheinenden russischen Organs „Kasche Slowo“, in der dieser auf das gegen die französische Minderheit gerichtete Manöver aufmerksam macht. Dridzo nennt sich einen Zimmerwalder, der nicht die Meinung der französischen Minderheit teilt, und der nicht für die Resolution Wistral gestimmt haben würde, weil sie in formellem Gegensatz steht zu denen von Zimmerwald und von Kienthal.

Ueber das Vorgehen Homos sagt er folgendes: „In der „Humanität“ vom 24. Juli macht der Genosse Homo eine Enthüllung: die deutschen Mehrheitsanhänger reklamieren die französische Minderheit für sich. Das alles ist geschrieben in einem halb zweideutigen Ton, als ob es das erstmal wäre, daß die deutschen Mehrheitsanhänger die französische Opposition für sich reklamieren.“

Diese Information ist dazu bestimmt, Verwirrung in den Geist der Kämpfer zu bringen, die, indem sie gegen ihre Scheidemann und ihre Sölden kämpfen, nichts davon wissen wollen, für diejenigen jenseits der Sogenen zu arbeiten.

Wagt auf, rufen die Homo, die deutschen Mehrheitsanhänger überhäufen auch mit ihrer Zuneigung, ergo habt ihr Unrecht!

Wären wir diese freundschaftliche Warnung etwas näher. Die deutschen Mehrheitsanhänger folgen in diesem Fall ihren „Bruder-Feinden“ jenseits des Rheines. Tatsächlich. Verufen sich nicht die französischen Mehrheitsanhänger auf die deutschen Minderheitsanhänger? Hat nicht das Schreckgespenst der „Victoire“ (Herb) versucht, sich mit „seinem Kameraden“ Liebknecht zu identifizieren? Hat er nicht unzählige Blätter hervorgebracht, indem er versicherte, daß die einzigen Sozialisten, denen er, Herb, die Hand reichen könnte, der extremen deutschen Linken zugehörten? Und die Renaudel und die Cahin? Haben sie nicht so manches Mal geschrieben und erklärt, daß sie nichts gemein haben mit den Scheidemann und David, aber daß sie in vollkommener Ideengemeinschaft mit der deutschen Minderheit sind. Und was dann? Dann ist das dieselbe Methode, das gleiche verschleierte Manöver, das darin besteht, seine eigene Abhandlung mit der Prinzipientreue der Sozialisten der anderen Länder zu rechtfertigen.

Habt ihr dieses merkwürdige Phänomen bemerkt: je mehr sich die Mehrheiten vom Sozialismus entfernen, desto mehr suchen sie ihre Kameraden auf der Linken in den feindlichen Ländern. Es ist wahr, daß die Herbs aller Schattierungen lang genug geweien sind, nichts von Liebknecht zu verlangen, auf den sie sich von der anderen Seite der Feuerlinie her berufen. Und mit Recht! Ihre ausgestreckten Hände hätten nicht die geringste Liebknechts und die seiner Freunde erreicht. Denn Liebknecht hat nichts gemein mit den Sozial-Patrioten, welches auch ihr Ursprung und ihre Rationalität sei.

Die Situation ist zu klar, als daß man in die Falle ginge. Die deutschen Mehrheitsanhänger haben gut sich auf die französischen Minderheitsanhänger berufen, und die guten Homo versuchen diese Sympathien für den größten Sieg des gezähmten Sozialismus nutzbar zu machen, wir, Zimmerwalder, wir stoßen dies Entgegenkommen der deutschen Mehrheitsanhänger ebenso zurück wie die Zimmerwalder jenseits des Rheines kalt bleiben gegenüber dem scheinheiligen Lächeln Herbés und „tutti quanti“.

Aus den Organisationen.

Das Pressebureau berichtet: Am Dienstag, den 5. September, fand in Bremen eine Parteiverammlung statt, die die Wahl von zwei Delegierten zur Reichskonferenz vornahm. Gewählt wurden die beiden Kandidaten, die auf dem Boden der „Arbeitsgemeinschaft“ stehen, der eine erhielt 164, der andere 152 Stimmen. Die Kandidaten der Genossen, die die Mehrheitspolitik der Partei vertreten, erhielten 111 resp. 110 Stimmen. Die Linksradikalen der Spartakusgruppe hatten in der Debatte eine Erklärung abgegeben,

daß sie sich nicht an der Wahl beteiligen würden. Abgegeben wurden auch 88 weiße Stimmzettel.

Ein Sozialdemokrat, der russischer Gouverneur war.

Am 26. August ist in Paris ein russischer Flüchtling, Wladimir Alexandrowitsch Starofelsky gestorben, über dessen merkwürdige Schicksale die „Humanität“ folgendes mitteilt. Starofelsky, der 1861 geboren war, war 1905 Direktor einer großen agronomischen Station in Georgien. Nach Ausbruch der Revolution appellierte der Vizekönig des Kaukasus, Fürst Woronzow-Dassow an seine Mitwirkung an der Reorganisation der Verwaltung. Starofelsky nahm den Posten des Gouverneurs der Provinz Kutais an und verwaltete ihn im Einverständnis mit der lokalen sozialdemokratischen Organisation. Dank seinen Vermittlungen wurden manche Konflikte vermieden. Die Reaktionskräfte setzten indes seine Abhebung durch und Starofelsky zog sich nach Elerinodar zurück, wo er an der sozialistischen Propaganda teilnahm. Um der Verhaftung zu entgehen, mußte er jedoch flüchten und ließ sich in Paris nieder, wo er an den Erziehungs- und Solidaritätswerten der Flüchtlingkolonie eifrig mitwirkte. — Die „Humanität“ meint noch hervorheben zu müssen, daß Starofelsky zu jenen russischen Sozialdemokraten gehört hat, die den Standpunkt der französischen Parteilichkeit in der Kriegspolitik teilen. Was freilich nur beweisen würde, daß die Erfahrung, die der Verstorbene mit der Zusammenarbeit mit den herrschenden Klassen gemacht hat, ihn keines Besseren belehrt hat.

Aus Groß-Berlin.

Nochmals die Preispolitik der Stadt Berlin.

Genosse Barm schreibt uns: Was Genosse Schmidt im gestrigen „Vorwärts“ auf meine Widerlegung seiner Ausführungen vom 5. d. M. vorbringt, ist nur eine Wiederholung dessen, was er bereits in seinem Artikel gesagt hat — es hat also keinen Zweck, weiter zu diskutieren, zumal ja Genosse Schmidt in der Preisprüfungsstelle bald Gelegenheit haben wird, sich zu überzeugen, ob es jetzt bei dem Mangel an Transportmitteln möglich ist, eine städtische Organisation zu schaffen, die einen billigeren Verkaufspreis zuläßt, oder ob es an einem Mangel an gutem Willen des Magistrats liegt, wenn die Stadt den Vertrieb nicht selber übernimmt.

Die Hauptsache aber ist, daß das Kriegsernährungsamt den unberechtigten hohen Grundpreis von 4 M. für den Zentner Kartoffeln erniedrigt — er ist angesichts der reichen Ernte noch weniger gerechtfertigt, als er es schon bei seiner Festsetzung vor der Ernte war.

Aus einem Kinderheim.

In Friedenau wurde von dem „Christlichen Gemeinschafts-Schwesterheim St. Michael“, das seinen Sitz im Hause Wahnackplatz 14 hat, im Hause Kaiserallee 121 bisher ein Kinderheim betrieben. Dieses Kinderheim ist jetzt aufgelöst worden, angeblich deshalb, weil das Schwesterheim zum 1. Oktober nach Kaiserallee 121 überfiedeln soll und dann dort für das Kinderheim kein Platz mehr wäre. Nach Mitteilungen, die man uns über das Kinderheim macht, müssen wir vermuten, daß für die Maßregel der Auflösung noch ein anderer Grund mitgesprochen und vielleicht den Ausschlag gegeben hat. In einer Säuglingsfürsorgeanstalt wurde vor kurzem unter den im Wartezimmer verweilenden Müttern das Gerücht erörtert, daß in dem Friedenauer Kinderheim von St. Michael viele Kinder rasch hintereinander erkrankt und mehrere davon gestorben seien.

Wahr ist an diesem Gerücht, daß in dem für etwa 25 Kinder eingerichteten Heim in der ersten Hälfte des Monats August Erkrankungen der Verdauungsorgane, anscheinend Ruhr, epidemisch auftraten. Ob die Gefährlichkeit der Erkrankungen rechtzeitig erkannt wurde und wann man einen Arzt hinzuzog, darüber können wir auf Grund der uns gemachten unsicheren Mitteilungen kein Urteil haben. Auch die uns angegebene Zahl der Sterbefälle wollen wir nicht wiedergeben, aber das müssen wir leider feststellen, daß die Erkrankungen mindestens bei einigen Kindern tatsächlich tödlich endeten. Wenn die Sterbefälle sämtlich in Friedenau (und nicht etwa zum Teil in auswärtigen Wohnorten der Angehörigen) standesamtlich eingetragen worden sind, so können die in den Veröffentlichungen des kaiserlichen Gesundheitsamtes bekanntgegebenen Tabellen über die Sterblichkeit einen Anhalt bieten. Gebucht finden wir da für Friedenau zum Beispiel von Anfang Juli an bis in den August hinein in fünf Wochen nicht einen einzigen Säuglingssterbefall, aber dann für die Woche 6.—12. August zwei Säuglingssterbefälle und für die Woche 13.—19. August gar fünf Säuglingssterbefälle. Bei dem kleinen Friedenau, das jetzt im ganzen Jahr etwa 500 Lebensgeburten haben wird, müssen die Zahlen immerhin auffallen. Sie könnten ihre Erklärung finden in der uns gemachten Angabe, daß man in dem Kinderheim nach dem 6. August die ersten Ruhrkrankheiten bemerkt habe und die ersten Todesfälle noch in derselben Woche und weitere in der nächsten Woche aufgetreten seien. Das Heim beherbergte übrigens auch einige Kinder, die über das Säuglingsalter bereits hinaus waren, und auch unter diesen soll mindestens ein Sterbefall vorgekommen sein. Aus dem Kinderheim mußten, anscheinend auf Weisung des benachrichtigten Kreisarztes, die übrigen erkrankten Kinder samt den noch nicht erkrankten entlassen werden, wonach sie teils in Krankenhäusern teils bei Angehörigen untergebracht wurden. Das ergab dann die tatsächliche Auflösung des Heims, die sich somit etwas gewaltsam vollzogen hat. Ueber den damaligen Zustand eines der in Krankenhäuser überwiesenen Kinder wird uns von Angehörigen gesagt, daß dieses Kind sehr heruntergekommen gewesen sei, was bei Ruhr allerdings begreiflich wäre.

Die Schilderung, die uns von dem Heim gegeben wird, läßt uns vermuten, daß es eine mit nur mäßigen Mitteln und geringem Personal betriebene Anstalt war. Sie befand sich in einem gewöhnlichen Mietshaus in Räumen, die man keineswegs als reichlich bezeichnen konnte. Die Aufsichtsbehörden sollten die Zulassung solcher und ähnlicher Anstalten an strengste Bedingungen knüpfen.

Fett gegen Leberwurst.

Der Gemeindevorstand von Mahlsdorf macht öffentlich bekannt, daß in den örtlichen Lebensmittelgeschäften eine Anzahl Waren zu bestimmten festgesetzten Preisen verkauft werden. Unter anderem heißt es in der Bekanntmachung:

„1/2 Pfund ausgelassenes holländisches Rinderfett zum Preise von 6 M. für das Pfund, für alle diejenigen, die eine Pfunddose Leberwurst zum Preise von 2,60 M. erwerben.“

Die Mitteilung, daß nur Fett bekommt, wer zugleich eine Pfunddose Leberwurst kauft, hat unter den Ortsbewohnern Bedenken erregt, ob es überhaupt zulässig sei, solche Bedingungen aufzustellen, die doch privaten Geschäftsläuten nicht gestattet seien.

Seifenversorgung der Militärpersonen.

Beurlaubte, kommandierte usw. Heeresangehörige sollen, soweit möglich, sich für die ganze Dauer ihrer Abwesenheit vom Truppenteil usw. mit Seife und Seifenpulver versorgen. Andernfalls muß der betreffende Militärperson von der zuständigen militärischen Dienststelle eine besondere Bescheinigung mitgegeben werden, für welche Zeit Seife und Seifenpulver verabfolgt worden ist. Gegen Vorlegung dieser Bescheinigung erhalten die betreffenden Militärpersonen für die darüber hinausliegende Zeit, soweit sie in Berlin

ihren Aufenthalt nehmen, von der zuständigen Provisorien eine Seifenkarte. Auf Grund dieser Seifenkarte können sie wie jeder andere Einwohner Seife und Seifenpulver im freien Handel käuflich erwerben.

60 Gramm Butter, 30 Gramm Margarine.

In der nächsten Woche, vom 11. September ab kommen in Groß-Berlin auf den Kopf an Fett 60 Gramm Butter und 30 Gramm Margarine zur Verteilung. Der Kleinhandelspreis der Butter erster Qualität beträgt wie früher 32 Pf. für 60 Gramm Butter und 12 Pf. für 30 Gramm Margarine.

Verteuerung der Kaffee-Ersatzmittel.

Die Preisprüfungsstelle hat festgestellt, daß grobe Verteuerungen in großem Umfange bei Kaffee-Ersatzmitteln stattfinden. Die Preisprüfungsstelle wird künftig jeden Fall zur Anzeige bringen, wo Kaffee-Ersatz mit mehr als 60 Pfennig pro Pfund in den Handel gebracht wird.

Lebensmittel in Feldpostsendungen.

Zur Fernhaltung von wirtschaftlichen Schädigungen, die in gegenwärtiger Zeit besonders schwer empfunden werden, wird immer wieder darauf gewarnt, wenig haltbare Lebensmittel, wie frisches Obst, frisches Fleisch, Fischräucherwaren usw., in Feldpostsendungen zu versenden. Wenn auch die Verbesserungsverhältnisse an sich durch den Ausbau der Postverbindungen im Laufe der Zeit wesentlich verbessert worden sind, so sind doch Verzögerungen in der Auslieferung der Sendungen bei den häufig vorkommenden Truppenverchiebungen nicht zu vermeiden. Es ist auch zu bedenken, daß Sendungen vielfach den Empfänger an der Front nicht mehr erreichen, weil er sich nicht mehr bei der Truppe befindet, und daß diese Sendungen dann eine mehr oder weniger lange Nach- oder Rückbeförderung erleiden. In solchen Fällen ist es unausbleiblich, daß Lebensmittel von geringer Haltbarkeit verderben. Mehr geeignet zur Feldpostbeförderung sind die im Laufe des Krieges in großer Mannigfaltigkeit und zweckmäßiger Verpackung auf den Markt gekommenen Dauerwaren.

Wißbräuchliche Anwendung der Postfreiheit.

Beim Kriegsministerium und anderen Militärbehörden gehen unter dem Vermerk „Heeresfache“ oder „Feldpost“ immer noch Briefe von Privatpersonen ein, die keine rein militärischen Angelegenheiten betreffen und deshalb portopflichtig sind. Es wird wiederholt darauf hingewiesen, daß die Abänder, die sich zu einer portopflichtigen Sendung einer von der Entrichtung des Postos betreffenden Bezeichnung bedienen, sich einer Posthinterziehung schuldig machen und nach dem Postgesetz bestraft werden. Die niedrigste Strafe beträgt 8 M.

Eröffnung der Volksküche in Schöneberg.

In Schöneberg wurde gestern die Volksküche im Rasteller, der im Erdgeschoß des neuen Rathauses liegt, eröffnet. Der Eröffnung ging eine Besichtigung voraus, zu der sich Magistratsmitglieder, Stadtverordnete und geladene Gäste eingefunden hatten. Die Größe der Küche, ihre praktische Einrichtung und das verabfolgte Essen überzeugte auch Skeptiker von den Vorzügen dieser Volksküche, die sich immer mehr einbürgert.

Der verbotene Pfliff.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Es ist eine unbefugte Störung der Ruhe, wenn Gasthofspürter und andere Leute am Hauseingang oder auf der Straße fortwährend gellend pfeifen, um Droskfen herbeizuladen, die sich nicht in ihrem Bestimmungskreis befinden. Die Schaufmänner haben Anweisung erhalten, solchen Mißbrauch entgegenzutreten und, wenn ihren Anordnungen nicht Folge geleistet wird, Strafanzeigen zu erstatten.

In falschem Verdacht geriet in Neulönn ein unbescholtener Mann durch einen Rohrmittelwindler, der gestern unbeschädigt gemeldet wurde. Bei vielen Hausfrauen erlitten ein Mann, der sich Richard Maßke nannte und zum Ausweise über seine Person auch einen Entlassungsschein eines hiesigen Krankenhauses auf diesen Namen vorzeigte. Der Besucher schwindelte den Frauen vor, daß er ohne Karten Eier, Butter und Käse bekommen könne, und trat so sicher auf, daß man ihm überall glaubte, umso mehr, als er jedesmal nur kleine Mengen zu liefern versprach. Er ließ sich auf den Kaufpreis einen Voranschuss geben, in der Regel 7,50 M., und verschwand mit der Beute. Die Neulönnener Kriminalpolizei ermittelte Richard Maßke, dieser hatte aber mit dem Schwindel nichts zu tun. Sein Verdacht fiel auf einen 29 Jahre alten wohnungslosen Gummiarbeiter Eugen Weidner und erwiderte sich auch als richtig. Weidner wurde gefesselt ertappt und festgenommen. Die betrogenen Frauen erkannten ihn sofort wieder. Unter dem Namen Maßke hatte er kürzlich ein Krankenhaus aufgesucht und sich so zugleich ein Ausweispapier beschafft. Er wurde dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Auf dem Heimwege vom Tode überrascht wurde gestern Abend der 57 Jahre alte Postsekretär August George aus der Frankfurterstraße 1. Der Mann schlief sich plötzlich so unwohl, daß er sich auf dem Böttcherplatz auf eine Bank setzen mußte. Hier bekam er einen Blutsturz, an dem er auf der Stelle verstarb. An einem Blutsturz starb plötzlich auch der 88 Jahre alte Arbeiter Friedrich Romey aus der Elbinger Str. 20. Romey bekam zu Hause Magenkrämpfe und Erbrechen und sollte nach dem Krankenhaus gebracht werden. Schon unterwegs trat ein Blutsturz ein, der sofort zum Tode führte.

Zu der Ermittlung einer Kriegerfrau im Hause Lettstr. 3, über die wir dieser Tage berichteten, eruchten uns die Besitzrinnen des Hauses, mitzuteilen, daß die Kündigung der Frau erfolgt sei nicht allein deshalb, weil sie sich geweigert habe, bestimmte Arbeiten zu verrichten, sondern weil sie auch beleidigende Äußerungen gegen die Hausbesitzerinnen getan habe. Die Frau habe reichlich Zeit gehabt, sich nach einer anderen Wohnung umzusehen, zumal kurz nach der Kündigung am 1. August der Mann aus dem Felde vierzehn Tage auf Urlaub zu Hause gewesen sei, ohne Anstalten zum Ziehen zu machen. Auch sei die Wohnung nicht abgeschlossen worden. Eine Wohnung habe die Frau noch am Montagabend gefunden und bezogen.

Zu dem Selbstmordversuch eines Professors auf dem Bahnhof Alexanderplatz, über den wir berichteten, erfahren wir noch, daß es sich um den ordentlichen Professor der Rechte Dr. Georg Kuttner aus Frankfurt a. M. handelt. Professor K., der im 53. Lebensjahre steht, leidet schon seit längerer Zeit infolge Ueberarbeitung an hochgradiger Nervosität und sah sich vor einigen Monaten gezwungen, seine Vorlesungen über bürgerliches Recht einzustellen und eine Heilanstalt im Schwarzwald aufzusuchen. Von dort hatte er sich heimlich entfernt und war unangemeldet vorgestern in Berlin bei diefigen in der Koonstraße wohnenden Verwandten erschienen. Ueber den Zweck seines Berliner Besuches vermute Professor Kuttner keinerlei Erklärung zu geben. Am späten Nachmittag entfernte er sich in großer Erregung aus der Wohnung der Verwandten und begab sich nach dem Bahnhof Alexanderplatz, wo er wohl in einem besonders heftigen Anfall seines alten Leidens den Selbstmordversuch unternahm. Der Verunglückte ist gestern gestorben.

Das Winterhalbjahr in der städtischen Kochschule Dunderstr. 65/66 beginnt am 9. Oktober. Der Unterricht wird vormittags von 8—12 und abends von 6—9 Uhr erteilt. Das Schulgeld beträgt für ein halbes Jahr bei einem einmaligen wöchentlichen Besuche 6 M., bei zweimaligem wöchentlichen Besuche 12 M. für das Winterhalbjahr. Das Schulgeld berechtigt auch zur unentgeltlichen Teilnahme an einem Schneider- und Plattstichkurs in einer städtischen Fortbildungsschule. Auskunft wird mündlich und schriftlich in der Kochschule Mittwoch und Sonnabends von 12—1 und Donnerstag und Sonnabends von 8—9 Uhr abends erteilt. Anmeldungen auch schriftlich werden gleichfalls dort in der Kochschule entgegengenommen.

Eine gewerbmäßige Taschendiebin, die in der letzten Zeit das „Stehen“ ausübte, wurde gestern in der Krautstraße auf frischer Tat ergriffen und festgenommen. Eine 39 Jahre alte Frau Kowal, eine alte Taschendiebin, die früher mit ihrer Tochter zusammen arbeitete, in der letzten Zeit aber auf sich selbst angewiesen war, machte schon länger die Marktstraße in der Andreasstraße und die Geschäfte in jener Gegend bis zum Schlesienschen Bahnhof hinunter unsicher. Ueberall, wo sich Frauen angestellt hatten, um dieses oder jenes einzukaufen, erschien sie und stahl den Darrenden oft noch die letzten Groschen aus der Markttasche. Gestern merkte eine Frau in einer Kette in der Krautstraße einen fremden Griff in ihre Tasche. Sie rief einen Schuttmann und ließ die Kowal festnehmen. Diese ließ zwar das erbeutete Portemonnaie rasch fallen und leugnete nun den Diebstahl. Das half ihr aber nichts: Sie wurde verhaftet und der Staatsanwaltschaft I vorgeführt.

Geldhankleinbrecher suchten in der vergangenen Nacht eine Gesellschaft in der Vinfstraße beim. Sie erbrachen ein Spind und fanden darin 2000 Mark in barem Gelde, darunter wieder gegen 100 Mark in Gold.

Ein Zusammenstoß zweier Straßenbahnzüge ereignete sich Mittwoch abend gegen 8 Uhr an der Ecke der Französischen- und Marktgrafenstraße. Dort fuhr ein von der Behrenstraße kommender Zug der städtischen Straßenbahn gegen den Weiwagen eines der Kreuzung passierenden Zuges der Straßenbahnlinie 43. Der Anprall war so heftig, daß an dem angefahrenen Wagen die Vorderachse brach und die Seitenwand erheblich beschädigt wurde. Mehrere Personen, die in dem Weiwagen des Zuges der Linie 43 saßen, wurden bei dem Zusammenstoß leicht verletzt, legten jedoch sämtlich die Fahrt fort, ohne ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen zu brauchen. — Bei einem anderen Zusammenstoß zweier Straßenbahnwagen, der sich gestern nachmittag an der Ecke Berliner und Charlottenburger Straße ereignete, erlitt eine Frau Rachel erhebliche Kopfverletzungen. Die übrigen Fahrgäste kamen mit dem Schrecken davon.

Die Wiener. Durch Wienische Lebensgefährlich verletzt wurden in Zoshaus Kreis Niederbarnim sechs Personen. Ein auf dem Felde tätiges Gespann des Försters Körtemann wurde von mehreren Wienischwärmen überfallen und die Pferde so furchtbar zugerichtet, daß sie nach wenigen Stunden verendeten. Ein Knecht des Försters und mehrere auf dem Felde arbeitende Frauen und Mädchen waren hinzugezogen, um die Wiener von den Pferden abzuwehren. Sie wurden aber sämtlich ebenfalls von den Wienern überfallen und durch Stöße am ganzen Körper entsetzlich zugerichtet. Vier Personen mußten sofort in ärztliche Behandlung genommen werden und liegen noch jetzt in bedenklichem Zustande darnieder.

Töblicher Jagdunfall. Auf der Jagd tödlich verunglückt ist der herrschaftliche Revierförster Knapp in Bernau. Er hatte sich am Abend auf die Jagd nach Kaninchen begeben. Als er am nächsten Morgen nicht nach Hause kam, suchte man nach ihm und fand ihn nicht weit von der Wohnung entfernt an einem Baum gehängt in stehender Stellung tot auf. Er wies eine Saugwunde im Unterleib auf, die den Tod herbeigeführt hatte. Nach dem Befunde handelt es sich zweifellos um einen dauerlichen Unglücksfall. Der Förster ist vermutlich vor Uebermüdung eingeschlafen und hat im Schlaf den Ast berührt, wodurch sich die ungesicherte Waffe entlad und die Kugel ihn in den Unterleib traf.

Im Dienst tödlich verunglückt ist gestern nachmittag der 28 Jahre alte Rangierer Willi Seifert aus Lichtenberg. Seifert begleitete einen Rangierzug über die Haltestelle Frankfurter Allee. Ohne daß er einen aus der entgegengesetzten Richtung einfahrenden Nordringzug sah, sprang er nach Beendigung seiner Fahrt ab. Hierbei fiel er so unglücklich auf das Nebengleis, daß er von der Maschine des Nordringzuges erfasst und überfahren wurde. Der Verunglückte erlitt schwere Verletzungen am Kopf, am Rücken und an beiden Beinen und starb schon, bevor noch ein Arzt erscheinen konnte.

Aus den Gemeinden.

Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung.

Die erste Sitzung, zu der die Stadtverordneten nach den Sommerferien zusammentraten, war nur von kurzer Dauer. Die einzelnen Punkte der Tagesordnung, von denen nur die Vorlagen, betreffend Nachbewilligungen im Armenrat und betreffend Erhebung einer Gebühr für Kleiderablage und Theaterzettel im Deutschen Opernhaus interessierten, wurden debattiert in wenigen Minuten erledigt. Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, durch den der Magistrat ersucht wird, alle geeigneten Maßnahmen zu treffen, um die Versorgung Charlottenburgs mit Nahrungsmitteln während der Wintermonate sicherzustellen und beim Kriegsernährungsamt zu beantragen, daß die viel zu hohen Höchstpreise für Kartoffeln, Brotgetreide, Fleisch und Fett herabgesetzt werden, wurde bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

Pflanzenverkauf in Charlottenburg.

Die Anmeldungen auf die von der Stadt Charlottenburg ihren Einwohnern zur Verfügung gestellten Thüringer Bauernpflanzen sind so zahlreich eingelaufen, daß die Meldeliste schon bald nach ihrer Eröffnung bis auf weiteres wieder geschlossen werden mußte. Damit der vorläufige Vorrat von 2000 Zentnern recht vielen Verbrauchern zugute kommt, konnte für jeden nur ein halber Zentner abgegeben werden. Es ist jedoch Aussicht vorhanden, daß in nächster Zeit wieder ein größerer Posten Pflanzen zur Verfügung steht und es werden dann diejenigen, die bisher nicht bedacht werden konnten, versorgt werden.

Allgemeine Speisung in Charlottenburg.

Die Ausgabestellen für die Massenpeisung in Charlottenburg werden fortan in den Vormittagsstunden von 11—2 und nachmittags von 6—7 geöffnet sein.

Jugendweibe in Reuthe. Die Jugendweibe findet nunmehr, da die Bemühungen um die Aula einer Schule keinen Erfolg hatten, am Sonntag, den 24. September 1916, vormittags 10 Uhr in den Passage-Festhallen, Vergstr. 151, statt. Anmeldungen können nur noch bis zum 18. September in den beiden Expeditionen und im Bureau des Wahlvereins entgegengenommen werden.

Soziales.

Verurlaubung und Rassenmitgliedschaft.

Ein Kriegsteilnehmer, der bis zu seiner Einberufung zum Wehrdienst freiwilliges Mitglied der Allgemeinen Ortskrankenkasse war, kehrte an seinen Heimatort zurück, da er wegen einer im Felde erlittenen Verwundung längeren Urlaub erhalten hatte. Er beantragte bei der Krankenkasse die Wiederaufnahme. Diese lehnte jedoch der Vorstand der Kasse ab, weil nur eine „Verurlaubung“, nicht aber eine Entlassung erfolgt sei. Eine „Rückkehr in die Heimat“ liege nur bei Beendigung des Krieges vor.

Das Reichsversicherungsamt hat diese Auffassung der Kasse für unzutreffend erklärt. Denn Aufgabe und Zweck des Reichsgesetzes vom 4. August 1914 sei es gerade, allen denjenigen, die infolge ihrer Einberufung für ihre Weiterversicherung nicht hätten sorgen können und deren Versicherung daher erloschen sei, soweit möglich zu helfen. Sie sollten das Recht haben, binnen sechs Wochen nach ihrer „Rückkehr in die Heimat“ in die Krankenversicherung wieder einzutreten. Wollte man aber die Worte „Rückkehr in die Heimat“

sohin deuten, daß darunter nur die „Entlassung aus dem Soldatenstande“ zu verstehen sei, so würden viele Kriegsteilnehmer an der Wiederaufnahme der Versicherung für lange Zeit verhindert sein, da die „Entlassung“ aus dem Soldatenstande erfahrungsgemäß sehr spät und erst dann zu erfolgen pflege, wenn die Wiedererlangung der Dienstfähigkeit ausgeschlossen erscheine. Das würde aber eine offenbar nicht beabsichtigte Härte sein. Im Einzelfall sei daher zu prüfen, ob die Wiederaufnahme der Versicherung geboten sei. Dies sei aber immer anzunehmen, wenn der Kriegsteilnehmer für längere Zeit zurückkehre, so daß er sein bürgerliches Leben wieder aufnehmen könne. (Altenzeichen II K 667/15).

Berichtszeitung.

Hohe Strafe.

Wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt hatte sich gestern der Malermeister Otto Göze vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats von Tressow zu verantworten. Die ihm zur Last gelegten Ausschreitungen, die von ihm jedoch bestritten wurden, vollzogen er begangen haben, als am 28. Juni dieses Jahres gelegentlich der ersten Verhandlung gegen den Reichstagsabgeordneten Genossen Dr. Karl Liebknecht sich in der Invalidenstrasse in der Nähe der Lehrter Straße zahlreiche Menschen angeammelt hatten. Nach den Befundungen von mehreren Polizeibeamten hat er der Aufforderung, weiter zu gehen, nicht Folge geleistet und sich, als gegen ihn vorgegangen wurde, an den Füllern eines Pferdes festgehalten. Das Gericht erkannte nach dem Antrage des Staatsanwalts auf ein Jahr Gefängnis und sofortige Verhaftung.

Vorsicht bei Gesprächen.

Die gerechtfertigte diese Warnung, die zeigt wieder einmal eine vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte geführte Verhandlung gegen den Kaufmann Martin Schloßhauer, gegen den die Anklage wegen Verleumdung der Offiziere des Bekleidungsamtes in Königsberg erhoben worden war.

Ein auswärts wohnender Kaufmann Richter, der größere Armeelieferungen auszuführen hatte, war mit seinem Sohn nach Berlin gekommen und hatte hier im Hotel Excelsior mit dem Angeklagten verhandelt, nachdem er unmittelbar vorher eine Verhandlung mit dem Kaufmann Oskar Almer, der Vertreter einer anderen Firma derselben Branche ist, beendigt hatte. Bei den Erörterungen über die Preisfrage wurde der Angeklagte mit Herrn Richter nicht gleich einig und erklärte wiederholt, daß er recht große Provisionen an einen Herrn zahlen müsse, den er mehrmals als „Oberleutnant“ bezeichnete. Diese Persönlichkeit ist der frühere Kriminalkommissar Wannowski, der seinerzeit Oberleutnant der Reserve gewesen ist, sich aber dem kaufmännischen Beruf zugewandt hat und eine Vermittlerfähigkeit entfaltet, sich aber Oberleutnant nennen läßt. Nach Beendigung der Verhandlungen und der Gespräche, die Herr A. mit angehört hatte, erstattete dieser die Anzeige, daß der Angeklagte die Behauptung aufgestellt habe, er habe gute Verbindungen mit Offizieren und sei durch Zuwendungen an diese in der Lage, stets über den Geesbedarf auf dem Laufenden erhalten zu werden. Da diese Behauptung seitens des A. mit großer Bestimmtheit ausgeprochen wurde, wurde die Sache seitens der Militärbehörde sofort verfolgt und schließlich Anklage gegen Herrn Schloßhauer erhoben, der mit aller Bestimmtheit bestritt, eine derartige Behauptung aufgestellt zu haben, die auch nicht im entferntesten eine Grundlage haben würde. Er habe ausschließlich von den Provisionen gesprochen, die dem „Oberleutnant“ Wannowski zufließen müssen. Die als Zeugen vernommenen Richter Vater und Sohn erklärten gleichfalls auf das Bestimmteste, daß sie eine Äußerung des Angeklagten in dem behaupteten selbständigen Sinne nicht gehört haben, aber zweifellos hätten hören müssen, wenn sie gefallen wäre und sie dann sofort mit der gebührenden Empörung zurückgewiesen haben würden, was seitens des anzeigenden Herrn nicht einmal geschehen ist. Bei dieser Sachlage erkannte das Schöffengericht auf Freisprechung des Angeklagten.

Reitenhandel.

Unlautere Machenschaften zur Preissteigerung eines Nahrungsmittels, die das schärfere Gesetz gegen die übermäßige Preissteigerung vom 26. März 1916 insbesondere kennzeichnen, sowie Kriegswucher ergreifen die Kaufleute Friedrich Weil und Rudolf Buchter die Anklage zur Last, die gegen sie vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zur Verhandlung gelangte.

Buchter, ein Mann von Geburt, der neben seinem Geschäftsfreund Weil, einem Oesterreicher, auf der Anklagebank Platz nehmen mußte, hatte Ende März d. J. aus Filialen der Firma Gebrüder Groß 200 Dosen kondensierte Milch, die dort im Kleinhandel mit 85 Pf. pro Dose zum Verkauf gelangt, aufgekauft, von ihnen die Zettel mit dem Firmenantrag entfernt und sie dann durch Vermittlung eines Agenten für 114 M. pro Stück an Weil weiterverkauft. 4 Pf. von diesem Preise entfiel der Vermittler als Provision. Weil verkaufte sie dann gleich weiter und zwar wiederum durch einen Vertreter, der einen Preis von 142 M. pro Dose erzielte. Dieser verdiente diesmal 11 Pf. an der einzelnen Dose, da Weil als Grundpreis dafür 131 M. angelegt hatte und als Verdienst für den Agenten dasjenige vereinbart worden war, was er über den Grundpreis erzielte. Der Bruttomengen des Weil betrug also 17 Pf. an der Dose. Diese Preissteigerung sprach der als Sachverständige geladene Direktor Schneider jedoch nur dann als ungerichtlich an, wenn Weil von der Quelle, aus der die kondensierte Milch stammte, Kenntnis gehabt habe. Der Staatsanwalt beantragte gegen Weil die Freisprechung, auf die auch erkannt wurde unter Zugrundelegung des Sachachtens. Bezüglich des Buchter beantragte er drei Monate Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe. Das Gericht erkannte auf 500 Mark Geldstrafe.

Lebensmittelpreise und Strafhöhe.

Die früher die niedrigen Strafen gegen Krankenkassenbeträger geradezu als Prämien für den Betrug angesehen werden konnten so können auch manche Verkäufer, die wegen Preisüberschreitung verurteilt werden, angesichts der niedrigen ihnen gegenüber ausgesprochenen Strafe von einem „feinen Geschäft“ reden. In dieser Bemerkung fordern mehrere Urteile in Elbing heraus. Zwei Beispiele mögen dies kennzeichnen. Ein Kaufmann Winter verkaufte Grüge, für die ein Höchstpreis von 45 Pf. festgesetzt ist, ständig für 80 Pf., bis eine Landrichterkrau Anzeige erstattete. Es erging Strafbefehl in Höhe von 100 M. Das Schöffengericht ermäßigte die Strafe auf ganze — 50 M. — Ein zweites Beispiel: Ein Besitzer Otto Greiner setzte der Milch 8 Proz. Wasser zu, entnahmte sie auch wiederholt. Strafe — volle 15 Mark. In beiden Fällen sind Strafe nebst Kosten bei weitem niedriger als der durch die rechtswidrigen Verteuerungen und Verfälschungen erzielte Gewinn. „Sehen Sie, das ist ein Geschäft, das bringt noch etwas ein.“

Aus aller Welt.

Wie man Tagesgeschichte schreibt.

Der „Avanti“ druckt aus der in Neapel erscheinenden Tageszeitung „Roma“ einen Bericht aus Salerno ab, in dem zu lesen steht:

„Unter den zahlreichen Nachrichten, die uns aus dem Auslande über den gegenwärtigen Krieg zugehen und über die Nachrichten der Deutschen gegen die Menschheit im allgemeinen und gegen uns Italiener im besonderen, werden nur die Berichte über die Gesundheitsverhältnisse unserer Landsleute geheim gehalten. Unter den vielen Zusammen, die nach den deutschen Grenzorten in Belgien entkühlt wurden, gibt es eine, die die europäische Presse noch nicht öffentlich bekannt gegeben hat. Dieser tragische Schicksal des Schwiegens bedeckt ein entsetzliches Ereignis, das unsere zahlreiche italienische Kolonie in New York in Sorgen und Angst leben läßt. Ein Freund von mir, ein durchaus glaubwürdiger Mann, der seit mehr als zwanzig Jahren in jener Stadt wohnt, schreibt mir, daß seit vorigem Juni eine verruhte, von Deutschen geleitete Wande sich in die Familien eingeschlichen hat und mit Birnen, Bonbons und anderen Mitteln den Kindern eine Krankheit einimpft, die schon zu einer wahren Epidemie ausgeartet ist und viele Opfer heischt. Diese schreckliche, oft tödliche Krankheit wird von den Ärzten als Kinderlähmung bezeichnet. Für die medizinische Wissenschaft sieht es jetzt, daß diese schreckliche Krankheit, der so viele unschuldige Geschöpfe erliegen, durch Einführung von Bazillen in die Atmungswege entsteht. Vom Wehnen, wo der Prozeß beginnt, greift er auf das Rückenmark über; in wenigen Stunden wird die ganze Muskelmasse gelähmt und der Tod tritt unter entsetzlichen Qualen ein. Bei zweckmäßiger und rechtzeitiger Behandlung kann ein kräftiger Organismus die Krankheit überleben, aber er bleibt auf Lebenszeit gelähmt. Die Zeitungen, die hoch besorgt sind und sich mit den bestmöglichen Anklagen gegen diese Würder unschuldiger Kinder wenden, empfehlen die vollständige Isolierung und raten zu regelmäßigen, alle drei Stunden zu wiederholenden Auspütungen von Mund und Nase mit einer desinfizierenden Lösung. Dieses entsetzliche Verbrechen, das die deutsche Kultur gegen die heranwachsende Generation in der größten Stadt der Vereinigten Staaten ausübt, bildet das Pendant zu den Martern, die den unschuldigen Kindern des heroischen Belgien auferlegt wurden.“

Der „Avanti“ kommentiert: „Wir glauben auch, daß diese entsetzlichen Verbrechen der deutschen Kultur das Pendant bildet zu den Martern der belgischen Kinder. Es handelt sich offenbar um zwei Verbrechen, die den gleichen Ursprung haben und über die die Meldungen aus ein und derselben Quelle stammen.“

Wir möchten hinzufügen, daß das Abdrucken solcher Mordegeschichten in der ansässigen Presse nur dem einen Zweck dienen kann, nämlich, gegen die Unberücksichtigung aller Schauerreden mißtrauisch zu machen, von welcher Seite sie immer kommen mögen. Sie sähen und unterstützen den Krieg weit wirksamer, als alle Munitionsfabriken. (2)

Die russischen Redakteure vom Militärdienst befreit.

Die Stockholms „Socialdemokraten“ mitteilt, bestimmt in Rußland ein Dekret des Zaren, daß die Mitglieder der Zeitungsredaktionen vom Militärdienst befreit sein sollen, weil ihre Arbeit für die Organisation des ganzen Landes zur kräftigen Fortführung des Krieges von großer nationaler Bedeutung ist.

Nun möchten wir nur wissen, ob auch die Redakteure der Oppositionspressen vom Militärdienst befreit sind.

Eisenbahnunglück in Vallenstedt.

Ein ähnliches Unglück wie auf dem Bahnhof Witzpark ereignete sich Donnerstagnachmittag in Vallenstedt (Anhalt). Bei der Einfahrt in den dortigen Bahnhof entgleiste ein Personenzug. Zwei Wagen stürzten um, drei weitere entgleisten. Der Gymnast Schneider aus Ermseleben wurde getötet, einige andere Fahrgäste erlitten Verletzungen. Ein Hülfszug aus Halberstadt war bald zur Stelle. Die Entgleisung erfolgte in der Einfahrtswende, die von der Maschine und dem ersten Wagen glücklich passiert wurde, während die nachfolgenden Wagen auf das Nebengleis liefen. Die Untersuchung ist eingeleitet. Die Straße ist vorläufig gesperrt.

Zwangverkauf. Aus Rors (Niederrhein) wird berichtet: Auf dem gestrigen Markt waren wieder recht viel Pflaumen von den Bauern gebracht, aber sie verlangten, wie immer, abnorm hohe Preise. Viele Frauen, empört darüber, verzichteten, zu diesem hohen Preise Pflaumen zu kaufen, und die Bauern waren schon wieder daran, wieder aufzuladen, um die Ware wieder nach Hause zu nehmen. Auf Veranlassung mehrerer Käufer griff dann die Polizei ein. Die Bauern mußten — wenn auch kurrend — abladen und für 13 Pf. das Pfund verkaufen. — Warum nicht immer so?

Parteiveranstaltungen.

Reuthe. Die außerordentliche Generalversammlung findet Sonntag, den 9. September, abends 8½ Uhr, in den Passage-Festhallen statt. Tagesordnung: Die bevorstehende Reichskonferenz. Referent: Landtagsabgeordneter Genosse Heinrich Ströbel. Wahl der Delegierten zur Kreis-Generalsoberversammlung.

Alt-Glück. Sonnabend, den 9. September, abends 8½ Uhr, findet in Bahrs Restaurant, Köpenicker Straße, eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: Stellungnahme zur Reichskonferenz. Bericht der Gemeindevorstände. Vereinsangelegenheiten. — Mitgliedsbuch legitimiert.

Giedwalde. Sonnabend, den 9. September, abends 8½ Uhr, bei Witte: Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Bericht des Gemeindevorstandes. Die ständlichen Vorkommnisse bei der Lebensmittelpreissteigerung. Stellungnahme zur Kreis-Generalsoberversammlung am 10. September und zur Reichskonferenz. Wahl der Delegierten. Vereins- und örtliche Angelegenheiten. — Mitgliedsbuch legitimiert.

Jugendveranstaltungen.

Schöneberg. Jugendbildungsverein. Sonntag, 10. September: Spielplatz nach Zehlendorf. Treffpunkt morgens 1½ Uhr, Kaiser-Wilhelmplatz. Fahrgeleit W. H.

Wilmich. 13. September: Literarischer Abend. Thema: „Der Herbst.“ Anfang 8 Uhr, Hauptstr. 5.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Brick. Freitag, den 8. September, nachmittags 5 Uhr. Tagesordnung: Schöffenswahl.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählter ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Briefkasten der Redaktion.

Altena Sd. Das Altes muß die Veranschaulichung zahlen. — M. A. 2. 1893. Sie haben als Vater des unehelichen Kindes keinen Anspruch darauf. — M. A. G. 1. Sie müssen einen Vah haben. 2. Der Regierungspräsident. 3. Ja. 4. Da Sie den Ort nicht angegeben haben, können wir die Frage nicht beantworten. Sie erfahren auf jeder Bahnstation die den Fahrpreis. 5. Ja. — G. A. 999. 1. Rein. 2. Auch das ist kein Scheidungsgrund. — Kriegsbeschädigter 15. 1. Die Rente dürfte etwa 75 Proz. betragen. Sie wird nach Ihrer Charge berechnet; wenn Sie Gemeiner sind, würden Sie erhalten jährlich 405 M. Rente, dazu 180 M. Kriegszulage und 324 M. Verhinderungszulage. 2. Die staatliche Invalidenrente wird gezahlt bei dauernder Invalidität, die bei Ihnen als vorliegend erachtet werden muß, da Sie zum mindesten zwei Drittel erwerbsfähig sind. — Panfou. Rein. — G. A. 419. Großjährigkeit tritt mit dem vollendeten 21. Lebensjahre ein. — M. G. 37. Das richtet sich nach Ihrem Einkommen; die Einkommensteuer kann Ihnen dann eventuell verweigert werden. — G. A. 31. Sie werden sich in Betracht der jetzigen Verhältnisse noch etwas gebulden müssen. Sehen Sie der Firma eine Preis, in welcher Sie Ihnen die Uhr zurückgeben muß.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mitrag. Im Norden neblig, sonst trocken und ziemlich heiter, nach: kühl, in den Tagesstunden überall mäßig warm. Im Süden meist bewölkt und stellenweise etwas Regen.

Einkochapparat „Zukunft“
mit Einsatz, Thermometer und 6 Federn **10.75**

Konserven-Gläser
1/2 Liter **55 Pf.**
1 Liter **65 Pf.**

Gelee-Gläser Stück **16 Pf.**

Malzgerste Pfund **53 Pf.**



A. Jandorf & Co

Belle-Alliance-Strasse Gr. Frankfurter Strasse Brunnen-Strasse Kottbuser Damm Wilmersdorfer Strasse

Lebensmittel

Zusendung ausgeschlossen

Junge Mühner Pfd. **2.95, 3.15**

Rindfleischähnliches Fischfleisch aus bestem Fleisch frischer Fische hergestellt Pfund **1.90**

Weisskohl	Pfund	7 Pf.
Wirsingkohl	Pfund	12 Pf.
Rotkohl	Pfund	12 Pf.
Kohlrabi	Pfund	7 Pf.
Kohlrüben	Pfund	7 Pf.
Mohrrüben	Pfund	10 Pf.

Blumenkohl	Kopf	25, 35 Pf.
Grüne Gurken	Stück	8, 12 Pf.
Zwiebeln	Pfund	12 Pf.
Tomaten	Pfund	52, 75 Pf.
Büchlänge	Stück	15 Pf.
Räucher-Aal	Bund	1.10
Öl-Sardinen	Dose	1.05

Musäpfel	Pfund	12, 18 Pf.
Essäpfel	Pfund	22 Pf.
Kochbirnen	Pfund	32 Pf.
Essbirnen	Pfund	35 Pf.
Pflaumen	Pfund	24 Pf.
Pfirsiche	Pfund	90 Pf.

Deutscher Transportarbeiter-Verband
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Nachruf!
Am 7. September er. erhielten wir die traurige Nachricht, daß unser Kollege, der angelegte Beitragskassierer für die Bezirke Charlottenburg, Kalenje, Schmargendorf und Wilmersdorf **Wilhelm Rosenkranz**
Grenadier im 2. Garde-Gr.-Reg. Nr. 5
am 3. September 1916 infolge Verletzung (Quetschung beider Unterschenkel) im Feldlazarett als Opfer des Weltkrieges verstorben ist.
Wir verlieren und betrauern in dem so jäh Dahingegangenen einen stets pflichttreuen Mitarbeiter und Kollegen, der uns durch sein stets freundschaftlich-kollegiales Verhalten in jeder Erinnerung bleiben wird. 67/17
Die angestellten Kollegen.

Die Befamnung des Oberkommandos in den Parteien, betreffend Höchstpreise für Balkenabfälle tritt am 8. September 1916 in Kraft. Die vollständige amtliche Befamnung erfolgt an den Anschlagtafeln und in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“. Berlin, den 8. September 1916. 355. I. S. 16. Der Polizeipräsident.

Sozialdemokratischer Wahlverein Steglitz.
Am 4. September starb nach langem Leiden unser treuer Genosse, der Chemigraf **Max Roth.**
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 9. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Stiglitz-Gemeinde-Friedhofes aus statt.
Die Träger treffen sich auf dem Friedhofe.
Um rege Beteiligung ersucht
127/8 **Der Vorstand.**

Das Recht während des Krieges
Preis 40 Pf.
Ein Buch, das Auskunft gibt über Familienunterstützung, Wohnraumunterstützung, Kaufverträge, Miete, Abzahlungsgeschäfte, Arbeitsvertrag, Familienrecht, Arbeiterversicherung, Angestelltenversicherung, Zahlungsfrist u. v. a. Fragen, die das Rechtsverhältnis berühren
Buchhandlung Vorwärts 17
Berlin, Lindenstr. 3

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.
Sonntag, den 9. September, abends 8 1/2 Uhr, in den Passage-Festjalen, Bergstr. 150:
Außerordtl. Generalversammlung.
Tagesordnung:
1. Die bevorstehende Reichskonferenz. Referent: Landtagsabgeordn. Genosse Heinrich Ströbel.
2. Diskussion.
3. Wahl der Delegierten zur Reichsgeneralversammlung am 10. September.
4. Verschiedenes.
Eintritt nur gegen Vorzeigung des in Ordnung befindlichen Mitgliedsbuches.
Um zahlreichem Besuch bittet
939/2 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.
21. 2151. Bez. 106.
Am Dienstag, den 5. September, verstarb unser Genosse, der Schlosser **Ludwig Nissel**
Bräufelder Str. 16.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 9. September, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Philippus-Apostel-Friedhofes aus auf dem hiesigen Friedhof Müllerstraße, Ecke Seestraße, statt. 228/10
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verh. d. Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands
Filiale Berlin.
Unseren Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß der Herren-maschinenschneider **Adolf Kahr**
geb. 11. März 1876, am 6. September verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 9. September, nachmittags 4 Uhr, auf dem hies. Friedhof, Müllerstraße, Ecke Seestraße, statt. 163/15
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Elektromonteur **Ludwig Nissel**
(Bräufelder Str. 16)
am 5. September gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 9. September, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofes, Müllerstraße, Ecke Seestraße, aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Zigaretten
in vorzügl. Qualität, völlig verst. m. G.- u. o. Mundst. 1,8 (a) 3 (b) 4,2 (c) 6,2 (d) Pf.
1,30 1,90 2,50 3,70 100 St.
Vers. jed. Quant. aus Porto g. Nachm. ins Feld n. g. Vereins-O. Landau, Berlin-Neukölln, Kaiser-Friedrich-Strasse 42.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltung Berlin.
Tel.-Amt Moritzplatz 10623, 3578. Bureau: Rungestraße 80.
Heute Freitag, den 8. September, abends 8 1/2 Uhr:
Sitzung der Ortsverwaltung.
Bezirks-Versammlungen der Einsetzer
Sonntag, den 10. September, vormittags 10 Uhr, in folgenden Lokalen:
Bezirk 1: Kleine Andreasstr. 10 bei Krugmann,
2: Koppenhagener Str. 74 bei Giesecke,
4: Rentöln, Rosenstr. 24 bei Schenk,
5: Bismarckstr. 58 bei Wiemers,
6: Staliger Str. 59 bei Mix,
7: Charlottenburg, Wielandstr. 4 bei Thunack,
8: Malplaquetstr. 33 bei Ullrich.

Nach kurzem Leiden starb mein bergensguter Mann, unser lieber Bruder, Schwager und Schwieger-sohn **Adolf Kahr**
am 6. September im 40. Lebensjahre.
Dies zeigt tiefbetrübt an **Frau Anna Kahr**
nebst Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 4 Uhr, auf dem Apostel-Bauhus-Friedhof, Müllerstraße 44/45, statt. 19035

Danksagung.
Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme bei der Feuerbestattung unseres lieben Vaters und Schwiegervaters, des Kaufmanns **Albert Jacobi**
logen wir allen Verwandten und Bekannten, der Firma Ferd. Köhler, dem Wahlverein Friedrichshagen, sowie den Herren Waldb. Manasse und Reichshagen, Stadthagen für die inhaltreichen Worte unsern tiefgefühltesten Dank.
Elas Eigendorf geb. Jacobi, Karl Eigendorf, Friedrichshagen, Viktorstr. 24.

Nachruf.
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schraubendreher **Rudolf Freytag**
am 24. August und unser Kollege, der Schlosser **Otto Szczepansky**
(Sulstienstr. 85)
am 26. August gestorben sind.
Ehre ihrem Andenken!
122/6 **Die Ortsverwaltung.**

Bücher und Zeitschriften
Jeder der liefert die Buchhandl. Bernhardt, Bestellungen nimmt jede Buchhandlung sowie die Bestellschreiberin entgegen.

Branchen-Versammlungen: Rahmennacher!
Montag, den 11. September, abends 6 Uhr, bei Wählich, Staliger Straße 22.
Tagesordnung:
Bericht von der Verhandlung über die Feuerungsanlagen.
Bergolder!
Dienstag, den 12. September 1916, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 5.
Tagesordnung:
1. Bericht über die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband.
2. Bericht von der Generalversammlung.
3. Branchenangelegenheiten. 90/13
Die Ortsverwaltung.

Niemand ist so klug



Jedem Ärger und Verdruß aus dem Wege gehen zu können. Aberjeden täglich wiederkehrenden kleinen nervtötenden Ärger mit schlecht passenden oder schlecht sitzenden Augengläsern können Sie sich ein für allemal ersparen, wenn Sie nur Optiker Ruhnke's garantierte Augengläser tragen. Wir garantieren Jährlichkeit und tun alles für Sie, was überhaupt möglich zu machen ist. Wir halten was wir versprechen, das beweist nachstehendes Schreiben:

Sehr geehrter Herr Ruhnke!
Als Ihr langjähriger, treuer Kunde ich möchte ich nicht verfehlen, Ihnen meinen herzlichsten Dank auszusprechen für die aufmerksame Bedienung, die ich wieder einmal in Ihrer Geschäftsstelle am

Alexanderplatz erfahren habe. Die große Mühe, die sich zwei Ihrer Herren Angestellten bei der gewissenhaften (kostenlosen) Augenuntersuchung, bei der sorgfältigen Auswahl eines goldenen Fingerringes und beim Schleifen der möglichst großen Sanostoppläser gegeben haben, machen es mir zur angenehmen Pflicht, auch weiterhin Ihr dauernder Kunde zu bleiben und Ihre Firma in meinen Kreisen bei jeder Gelegenheit zu empfehlen. Weltgebendste Kulanz in Verbindung mit gediegener Arbeitsleistung und mäßigem Preise ist Ihr Geschäftsprinzip, eine Tatkraft, die in dieser schweren Zeit für ein Geschäft nicht hoch genug angeschlagen werden kann. Hochachtungsvoll ergebenst
A. S., Agl. Seminarlehrer.



Optiker Ruhnke, Berlin

Neu:
Joachimsthaler Str. 2
am Zoo.
Charlottenburg:
Lauenhagen-Str. 15,
Ecke Warburger Str.
Joachimsthaler Str. 2,
am Bahnhof Zoo.

C. Am Alexander-Platz neben Wälinger, Spittelmarkt, Ecke Wall-Str.
W. Leipziger Str. 113, Ecke Mauer-Str.
NW. Friedrich-Str. 150, Ecke Doroteen-Str.
SO. Oranien-Str. 44, nahe Oranien-Platz.
N. Chaussee-Str. 72, Invaliden-Str. 164, Ecke Brunnen-Str.

Friedenau:
Köpen-Str. 18, Ecke Koch-Str.
gegenüber der Kaiser-Wide.